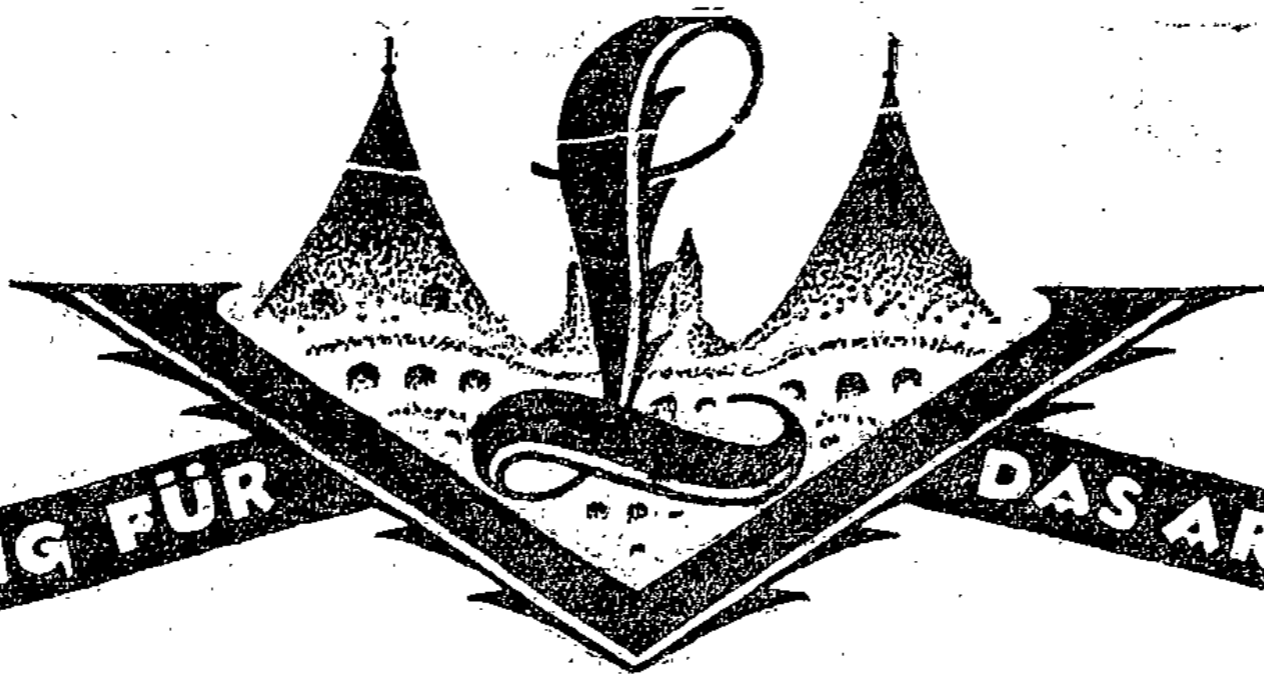


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postenfrei ins Haus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 M., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeile oder deren Raum 12,00 M., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M., Reklamen 45,00 M., Beilagengebühr 1000 Stk. 225 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf: 926.



# Lübecker Volksbote

Nummer 218.

Montag, 18. September 1922.

29. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

### Der Aufrast in Augsburg.

Augsburg, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der dem Hauptbahnhof zu Augsburg wehen von hohen Masten die Fahnen der Republik und die der alten Handels- und Industriezeit am Lech. Deutschlands stärkste republikanische Partei, die Sozialdemokratie, tagt vor den Toren der Münchener Hochburg deutscher Reaktion. Die bayerische Arbeiterchaft hat dem Parteitag einen großartigen Empfang bereitet. Zwar steht in der schlichten Säugelhalle jeglicher Schmuck, aber der Kopf an Kopf, mit Tausenden von Männern und Frauen gefüllte riesige Saal macht einen würdevollen Eindruck. Nach einem Vorbericht und einem Massenchor begrüßt Reichstagsabgeordneter Genosse Simon die gewaltige Versammlung mit einer Rede, in der der alte Kampfgeist lebte, der sich gerade in Augsburg, dem Geburtsort der Gelben, durchgesetzt hat. Die Eröffnungsrede Hermann Müllers wird weithin in Deutschland als politische Fanfare wirken; sie grenzt auch gegenüber der Reichsregierung die Verantwortungsmöglichkeiten für die Sozialdemokratie ab. Lauten Widerhall gab es jedesmal, wenn Müller die herannahende sozialistische Einigung feierte. Dann übernahm Wels den Vorsitz. Er begrüßt die ausländischen Bruderparteien. Stürmischer Beifall erklingt, als er mitteilt, daß zum ersten Male seit dem Ende des Krieges wieder Vertreter der englischen Arbeiterpartei auf dem Parteitag anwesend sind.

Zu einer besonders herzlichen und begeisterten Rundgebung wird der Dank des Parteitag für ein Begrüßungsprogramm des Reichspräsidenten Genossen Ebert. Unter lebhaftem Beifall sprechen dann die ausländischen Vertreter: Stauhinig-Dänemark, Davis-England, Moeller-Schweden und Rosbroek-Belgien sowie Alter-Prag. Die geistige Einheit der Zweiten Internationale und der starke Glaube an die ungebrochene Kampfkraft der deutschen Sozialdemokratie kam in diesen Reden zum Ausdruck.

### Die Eröffnungsrede Hermann Müllers.

Hermann Müller: Wir versammeln uns in selbsternterter Stunde. Fast vier Jahre sind seit dem Ende des ungeliebten Weltkrieges verstrichen. Aber die Ruhe in Europa ist noch nicht wiedergekehrt. Vier Jahre Weltkrieg und vier Jahre Gemaltes haben gleich große moralische Verwüstungen angerichtet, die noch lange nicht ausgeglichen sein werden. Das deutsche Volk steht vor einem Winter, wie er bedrohlicher für die Massen und damit auch für Staat und Gesellschaft nicht einmal zur Kriegszeit war. In den Reihen unserer Kriegsgegner ist auch heute nicht überall die Erkenntnis vorhanden, daß 60 Millionen Deutsche leben müssen. Wenn nicht noch in diesem Jahre eine europäische Konferenz die Reparationsleistungen auf ein erfüllbares Maß herabsetzt, so wird es mit Europas Herrschaft bald für immer vorbei sein. Heute schon leiden die Siegerstaaten und die neutralen Staaten wirtschaftlich schwer unter dem Versailler Vertrag. Soll sich das noch verschärfen? „Stieg der Demokratie“ und „Aufsichtung einer dauernden Herrschaft des Friedens der ganzen Welt“ waren die Kriegsvorstellungen der Entente-Staatsmänner. Soll das ewig eine der größten Lügen der Weltgeschichte bleiben? Der Weltkrieg brachte einen Frieden, der nur neuen Haß säte, und eine Politik, die die Demokratie in Deutschland auf das schwerste schädigte. An dem vergessenen Hüte Erzbergers und Kathenhaus sind gewiß in erster Linie die deutschnationalen Hehnpöbel schuld, aber in zweiter Linie auch jene verblendeten Entente-Politiker, die das wundenbedeckte Deutschland nicht zur Ruhe kommen lassen.

Die deutsche Demokratie hat Übermenschenliches zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse geleistet. Wenn aber nicht bald mit dem System der politischen Provokation und der ökonomischen Unterdrückung des deutschen Volkes abgerochen wird, so muß bald der Tag der Katastrophe hereinbrechen. Das Schicksal Österreichs und Rußlands sollte eine Warnung sein. Veranlaßt im Lager unserer früheren Gegner und härtester Wille zur Selbstherrschung im Innern können allein Hilfe bringen.

Soll dieser Wille im Innern nicht getötet werden, so muß auf das Existenzminimum der breiten Masse des deutschen Volkes Rücksicht genommen werden. Die Arbeitskraft ist unser kostbares Gut. Ihre Gefährdung macht jede Wiederherstellung Deutschlands unmöglich. Heute aber ist das Existenzminimum des wertvollsten Volkes infolge der Preisentwicklung für alle notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel in schwerster Gefahr. Die besitzenden Klassen reden von einer Notgemeinschaft, zu der sich alle Deutschen zusammenschließen müßten. Sie verständigen sich aber gegen diesen Gedanken, indem sie nicht mitteilen, um dem Volk eine eiserne Kation an Brot, Kartoffeln, Fleisch und Zucker zu erwirkenden Preisen zu sichern. Wir haben vom Segen der freien Wirtschaft genug, die für das arbeitende Volk nur zügellose Ausbeutung bedeutet. Händler und Produzenten sind in ihrer Habgier unerschütterlich.

Gestern haben alle bürgerlichen Parteien in dem Reichstagsauschuß, der für das zweite und dritte Drittel des Jahres den Preis für das Umlagegetreide festzusetzen hat, zugestimmt, daß bereits im ersten Drittel der Preis für das Umlagegetreide vermindert werden soll. Wir haben gegen die Ausführung dieses Beschlusses, dem die gesetzliche Unterlage fehlt, in einem Telegramm an den Kanzler heute protestiert und erklärt, daß wir, wenn das Kabinett dem zustimme, die Verantwortung für das, was im Winter kommt, nicht tragen werden. Dieser Beschluß

ist in keiner Weise gerechtfertigt. Zu welchen Brotpreisen sollen wir denn kommen, wenn die Getreidemenge so in die Höhe getrieben werden? Unsere Agrarier scheinen zu glauben, daß 15 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt sind. Für Greise und Kinder der Armen bedeuten solche Beschlüsse den Hungertod. Der Parteitag wird sich mit diesem erneuten Attentat auf die Lebenshaltung des deutschen Volkes noch im einzelnen zu befassen haben.

Die Freiheit, die die kapitalistischen Kreise meinen, ist nichts anderes als die Zwangswirtschaft der Kartelle, die das Volk nach dem jeweiligen Dollarkurs ausbeuten. Diese wahrhaften Patrioten schließen ihr Geschäft in Dollars und Pfunden ab und entwerfen so die deutsche Mark zu Papierfetzen. Wir verlangen, daß den Massen das zum Leben Notwendige zur Verfügung gestellt wird. In den Klassen, die die Herrschaft über die Produktion haben, steigt seit Kriegsende der Wohlstand, während die große Masse in steigendem Maße verelendet, und da kommen die Helferräte und Genossen und fordern die Aufgabe der Klassenkampflehre, die durch ihre Politik täglich bestätigt wird. Selbst ehrliebe bürgerliche Demokraten haben gejamert, weil sich nach der Revolution nicht Bürgerliche und proletarische Demokratie zu einer einheitlichen großen demokratischen Partei verschmolzen haben. Sie haben das ABC der Politik nicht begriffen. Wir hatten jedenfalls nie vergessen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern Sozialdemokraten sind und bleiben werden. Freilich sind nicht die die besten Klassenkämpfer, die dieses Wort häufig mindestens dreimal aussprechen. Klassenkampf ist keine Sache des Meutwerts. Sonst wären die Kommunisten die besten Klassenkämpfer. Den Klassenkampf führen heißt für uns: Die Interessen der Arbeiterklasse in dem Tageskampf der Politik und Wirtschaft mit äußerster Energie wahrnehmen. Die Politik, die die Sozialdemokratie in den letzten Jahren getrieben hat, hatte nur das eine Ziel der Stärkung der Arbeiterklasse. Mit dieser Politik ist die Koalitionspolitik ebenso verträglich wie die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften. Unser nächstes Ziel muß aber sein, zu verhindern, daß die deutsche Republik zur Geldadrepublik wird. Wie notwendig dieser Kampf ist, wird uns nirgends klarer als auf harterem Boden. In Bayern sind heute Kräfte am Werke, die die Weimarer Verfassung nicht nur auf Reservatrechte von 1871, sondern am liebsten auf die Zustände zur Zeit des Regensburger Reichstages (Die fürstlichen Zusammenkünfte tagten hier unter dem Namen Reichstag von 1663 bis 1906. Red.) zurückverwandeln möchten. Und das alles, weil im Lande Bayern einmal die Räteregierung möglich war, von deren Druck Bayern befreit wurde durch das Reich. Gebrauchen haben sich die Wellen des Staatskommunismus damals an der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterchaft Frankens, an dem Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterchaft wird auch die Macht der Reaktion brechen.

Die deutschen Arbeiter werden weder fremden Bedrückern, noch heimlichen Partikularen jemals auch nur den kleinsten Finger reichen. Deshalb werden sie auch die Republik gegen jeglichen Feind tapfer verteidigen. Wir fühlen uns heute für diese Aufgabe besser gerüstet als seit Jahren, heute, wo wir wissen, daß die Einigung der beiden sozialistischen Parteien die Tatsache von morgen sein wird. Nicht alle, die sie ersehnten, konnten sie erleben. Wir betrauern eine Anzahl Genossen, die uns viel zu früh entzogen wurden. Ich erinnere an Gerlach, an Dies, an Winkler, an Sander, an Riese, an Ohlendorf und vor allem an Otto Hue, der zu denen gehörte, die wegen ihrer glänzenden Begabung und ihrer heldischen Tatkraft von Freund und Feind gleich geachtet werden. Nicht zuletzt aber wollen wir hier in Augsburg Bollmanns gedenken, Bollmanns, der ein Bayer war, aber dabei doch alles ein guter Deutscher.

Wir, die wir das Glück haben, das Ende des Bruderkrieges unter Sozialisten zu erleben, wir haben inzwischen mit demselben Eifer wie unsere großen Vorläufer für unsere Ideen weiter zu wirken und zu wirken. Beide sozialistischen Parteien wurden zusammengeführt im Kampfe zum Schutze der Republik. Ihre Spaltung, die der Festigung der Republik sehr zum Schaden gereichte, wird für immer der Geschichte angehören. In der Verantwortung für das Geschick der vom inneren Feind bedrohten Republik gehen beide Parteien in ihrer höheren Einheit auf. Wir sind uns der Schwere der uns harrenden Aufgaben voll bewußt. Auch vereint werden wir morgen noch nicht den Himmel stürmen. Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien muß unsere Werkkraft verzehnfachen. Die in den Zeiten des Bruderkampfes atemlos Gemordeten müssen wieder herangeholt werden. Die deutsche Arbeiterchaft kann sich, wenn sie nicht wie die Russen verelendet soll, den Kurs der gegenseitigen Bekämpfung nicht mehr leisten. Wenn wir auf dem Boden der Wirklichkeit sicher vorwärts schreiten, so werden wir viel eher ans Ziel kommen als jene wilden Stürmer, die sich im Rebell der Prägen verlaufen. Wir sind, wie wir das seit Würzburg waren, von ganzem Herzen zur Einigung bereit und der gleiche Wille wird unsere Bruderpartei in Gera befehlen. Wir stehen am Ende eines Abschnittes der sozialdemokratischen Geschichte Deutschlands, der sehr viel bittere Tage enthielt. Aber trotz aller Stürme der Zeit sind wir die Massenpartei des deutschen Proletariats geblieben, von der die Geschichte in einem neuen Abschnitt neue Taten verlangt. Im Auftrage des Parteivorstandes eröffne ich hiermit den Parteitag. Möge er rasche,

Dollar 1500.

gute Arbeit leisten, und dann auf nach Nürnberg, auf zum Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

### Die konstituierende Sitzung.

Nach der Rede des Genossen Hermann Müller schließt der Parteitag zur Konstituierung des Bureaus. Zu Vorstehenden werden gewählt: Wels-Berlin und Simon-Augsburg, zu Schriftführern: Panzer-Bayreuth, Schaffner-Hannover, Frau Loden-Hagen-Berlin, Hintenhof-Eberfeld, Kirchner-Altona, Riedmüller-Köln, Siebold-Leipzig, Düring-Ulm, Hertwig-Weise. Für die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Händler-Dortmund, Dies-Plauen, Lehmann-Frankfurt a. M., Kayser-Landsberg a. d. W., Frau Bollmann-Sakherstadt, Kahn-Singen, Buchwitz-Görlitz, Ries-Jena und Frau Jabe-Hamburg.

Zur Tagesordnung schlägt Wels namens des Parteivorstandes vor, bei Punkt 1 die Behandlung der Frage „Internationale und Einigung des Proletariats“ abzutrennen und als besonderen Punkt Mitte der Woche zu verhandeln, also zu einem Zeitpunkt, an dem auch auf dem Unabhängigen Parteitag in Gera die Einigungsfrage behandelt wird. Der Parteitag stimmte diesem Antrage zu. Der von Hamburg und einer Reihe anderer Parteitage der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu behandeln. Ebenfalls abgelehnt wird der Antrag, die Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot erneut auf dem Parteitag zu verhandeln. Ueber die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung ist bereits vor zwei Jahren ausführlich verhandelt worden.

Nachdem nun die Tagesordnung des Parteitages festgestellt worden ist, begrüßt Wels die zahlreich erschienenen Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Hieran schließen sich die Begrüßungsansprachen der Ausländer, worauf der Parteitag auf Montag 9 Uhr vertagt wird.

### Havensteins Mission in England.

III. Berlin, 18. September.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet: Die Besprechungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und der Leitung der Bank von England, die am Sonnabend begonnen haben, werden wahrscheinlich im Laufe des heutigen Vormittags fortgesetzt werden. Die Berliner zuständigen Stellen nehmen an, daß im Laufe des heutigen Abends die ersten Nachrichten aus London eintreffen werden, aus denen man sich ein Bild über den Stand der Dinge machen kann. Die Rückkehr des Präsidenten Havenstein ist im Laufe des morgigen Tages zu erwarten. Die belgische Regierung hat dem deutschen Gesandten in Brüssel erklärt, daß sie damit zufrieden ist, wenn sie eine Antwort der deutschen Regierung nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Havenstein erhält. Daher dürften alle Mitteilungen nicht zutreffen, die von einem Vorgehen der Reparationskommission wissen wollen, weil die deutsche Regierung die Frist vom 15. September nicht eingehalten habe. — Nach einer Pariser Meldung äußert man sich in offiziellen Kreisen ziemlich zurecht über den Erfolg der Havenstein-Verhandlungen. Wenn auch die Direktoren der Bank von England nicht gerade geneigt erscheinen, einen Vertrag abzuschließen, der für sie keinerlei finanzielle Vorteile enthält, sondern mehr und fast ausschließlich politischen Charakter hat.

### Weitere Wirtschaftsabkommen mit der französischen Industrie.

III. Stuttgart, 17. September.

Nachdem das Abkommen zwischen Stinnes und Luberac abgeschlossen worden ist, wurde jetzt auch in Württemberg in aller Stille ein Sicherungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessengruppe gefügt, welches für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Nachdem es gelungen ist, eine deutsche Großbank, und zwar die hiesige Filiale der Commerz- und Privatbank für das Abkommen zu interessieren, wurden am 2. September die Verträge von beiden Interessengruppen unterzeichnet. — Dieser Tage ist auch ein Lieferungsabkommen zwischen der deutschen chemischen Industrie und französischen Industriellen zustande gekommen, an dem der Anilin Konzern hervorragend beteiligt ist.

### Das friedlose Europa.

III. London, 17. September.

In einer Arbeiterversammlung auf der Insel Wight hielt der Arbeiterführer Clynes eine Rede, in der er sagte, der Zustand Europas bedeuete eine Verurteilung derjenigen Staatsmänner, die für die Regierungen nach dem Kriege verantwortlich seien und die nicht den Frieden geschaffen hätten, sondern den Krieg zu einem dauernden Kennzeichen des europäischen Lebens machten. Die Nichtregelungen seien eine Herausforderung zu Bolschewismus und Gewalt. Die Zunahme der Armut in vielen Ländern werde zur Revolution und zur Zerschlagung des völkerverwundenden Unterganges geben. Es sei Sache der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen, auf internationaler Zusammenarbeit zu bestehen ohne Rücksicht auf vergangene Feindschaften. Es müsse mit dem Plan der Arbeiterchaft bezüglich der Reparationen ein Versuch gemacht werden; er würde

Frankreich Gerechtigkeit geben, ohne die wirtschaftlichen Seiten, die Großbritannien und andere Länder durchzumachen hätten. Es sei Mode geworden, Amerika für vieles zu tabeln, was gesehen sei, Amerika sei aber nicht an dem Kriege schuld und auch nicht an dem Frieden, der in weitgehendem Umfange die Ursache der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei. Amerika Selbstsucht zuzuschreiben, sei durchaus ungerecht, aber Amerikas Mitwirkung sei jetzt notwendig, um zu einer Regelung zu gelangen.

### Das zerstörte Smyrna.

"Daily Mail" veröffentlicht ein Telegramm ihres Sonderberichterstatters, der die Feuerbrunst in Smyrna von Bord des Kreuzers "Iron Duke" mit angesehen hat. Er telegraphiert, mit Ausnahme des armenischen Viertels und eines Teiles der nördlichen Vororte, ist heute ganz Smyrna in Flammen. Die Lage der überlebenden Einwohner sei verzweifelt. Man schätze die Zahl der Personen, die, falls sie sich nicht retten und falls sie nicht verproviantiert werden könnten, zum Hungertode verurteilt seien, auf ungefähr 100000.

Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Smyrna sollen drei Viertel der Stadt in Asche liegen. Mehr als 300000 Personen sollen obdachlos sein. Nach der vollständigen Zerstörung der amerikanischen, griechischen und andern europäischen Viertel begimme der Brand allmählich zu verlöschen. Der finanzielle Verlust betrage annähernd 200 Millionen Dollar, von denen ungefähr 80 amerikanisches Eigentum darstellen. Den Verlust an Menschenleben abzuschätzen sei unmöglich. Zahlreiche Flüchtlinge seien schwer verwundet. Nach einer Lesart soll der Brand von den Armeniern, nach der andern von den Türken angelegt worden sein. Schäfte sind es auf allen Gassen gewesen.

### Die Einigkeit der Alliierten.

U. Rom, 18. September.

Eine offizielle Auslassung der Consulta stellt zu der Reuter-Meldung, die Einigkeit der Alliierten bezüglich der Meerengen sei erreicht, fest, diese erziele sich aber keinesfalls auf die Verpflichtung eines etwaigen kollektiven militärischen Vorgehens gegen die Angoratruppen. Es wäre absurd, die Operation italienischer Truppen für eine Sache zu fordern, deren Ziele ebenso der öffentlichen Meinung wie den politischen Direktiven der Regierung widersprechen. Im übrigen ist man in hiesigen diplomatischen Kreisen über eine gleiche Haltung Frankreichs unterrichtet. In den Kreisen der Consulta herrscht heute ein gewisser Optimismus vor, angeblich weil die Ungeduld Kemal Paschas beziehungsweise der Angora-Regierung die diplomatische Aktion Staltens zu durchkreuzen droht.

### Das Interesse Sowjet-Russlands.

Moskau, 17. September.

Die Sowjetregierung erklärt im türkischen Siege eine passende Gelegenheit, um ihre internationale Stellung zu stärken, insoweit als ihr Einfluss auf Kemal Pascha zum Zwecke einer schnellen Liquidierung der gespannten Lage ausgenutzt werden könnte. Die Moskauer "Iswestija" schreibt, Sowjetrussland wüßte den vollen Sieg der neuen Türkei im Kampf mit dem Weltkapitalismus. So lange der Bosphorus und die Dardanellen in den Händen des kapitalistischen Europa befänden und die englische und französische Flotte einen freien Zugang zum Schwarzen Meere hätten, wären die östlichen Seegrenzen Russlands nicht in Sicherheit. Die französische Politik sei noch wahrscheinlicher als die englische, denn ein voller Sieg Angoras würde einen Schlag auf die französischen Hoffnungen und für die Machtposition der kapitalistischen Staaten in allen muslimantischen Gebieten bedeuten.

### Die Kleine Entente und Polen.

Die "Polische Zeitung" veröffentlicht den Text eines geheimen Abkommens, das in Marienbad am 31. August bei der Zusammenkunft der Staatsmänner der Kleinen Entente und Polens geschlossen worden sein soll und dessen Wortlaut sie aus ausländischer diplomatischer Quelle erhalten haben will. Nach dem Text sollen sich die vertraglich verbundenen Parteien verpflichten, gemeinsam gegen den Status quo im mittleren und östlichen Europa zu verteidigen und jede Bedrohung durch eine oder mehrere der vertraglich verbundenen Parteien als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte zu betrachten. Falls eine der beteiligten Mächte genötigt wäre, bei einer auswärtigen Macht um Schutze ihrer berechtigten Interessen zu intervenieren, solle sie verpflichtet sein, vorher die anderen Verbündeten zu informieren, um sich über die Modalitäten einer gemeinsamen Aktion zu verständigen. Jede berechtigige Beschwerde einer beteiligten Macht bei einer fremden Macht soll nach vorheriger Verständigung

durch alle vertraglich verbundenen Mächte unterstützt werden. Für den Fall des Krieges sollen sich die vertraglich verbundenen Parteien gegenseitige Unterstützung mit allen ihren Kräften zusagen. Zu diesem Zweck sollen sich sofort ihre Generalstäbe mit einander in Verbindung setzen, um die gemeinschaftlichen Mittel zu studieren, die am besten geeignet seien, die erwähnten Verpflichtungen durchzuführen. Endlich soll in dem Abkommen bestimmt sein, daß es nicht veröffentlicht wird. Es soll die Unterchriften von Benesch für die Tschechoslowakei, Paschitsch für Südslawien, Duca für Rumänien und Maritowitsch für Polen tragen.

### Englands Schuld an die Vereinigten Staaten.

W.B. New York, 17. September.

Der "New York Herald" meldet aus Washington, das Schatzamt erkläre, Großbritannien habe formell mitgeteilt, daß es ohne Rücksicht auf die europäische Lage seine gesamte Schuld an die Vereinigten Staaten zu zahlen beabsichtige. Die Zahlung würde am 15. Oktober, wo der halbjährliche Zinsbetrag in Höhe von 125 Millionen Dollar fällig sei, ihren Anfang nehmen. Die britische Kommission für die Schuldenfrage werde Ende des Monats in Washington eintreffen und die Verhandlungen über die Konsolidierung der Schulden am 1. Oktober beginnen; die Verhandlungen bezwecken eine Umwandlung der bisherigen Schuldscheine in langfristige Obligationen.

### Deutschnationaler Vertretertag.

In Berlin tagten die Parteivertreter der Deutschnationalen Volkspartei, die sich vornehmlich mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigten. Ueber die Innenpolitik sprach Graf Westarp, über die Außenpolitik der "Fachsinn" Helfferich. In einer Entschließung wird zum so und sovielen Male "konstatiert", daß die Erfüllungspolitik zu dem vollständigen Zusammenbruch geführt hat. Von der Rückkehr zur Kriegs- und Zwangswirtschaft wollen die Deutschnationalen nichts wissen, weil dadurch die Profitmöglichkeiten der Agrarier beschränkt werden könnten. Andererseits spricht sich die Entschließung für die Steigerung der Arbeitsleistung aus, d. h. für Aufhebung des Achtstundentages. Dem Reichstagsler Bericht wird angehängt, daß er die Parole "Der Feind steht rechts" in Wort und Tat zurückzunehmen habe.

Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die die Lösung der Fraktionsgemeinschaft gegenüber dem Abgeordneten Henning billigt. Der Abgeordnete Walle und Graefe hingegen, welche "Parteilose" und "Parteilichen" persönlich kränkten, wird eine goldene Brücke zur Rückkehr in den deutschnationalen Schoß gebaut.

### Steuerungsverfammlungen in Berlin.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien Groß-Berlins veranstalteten Freitag in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsorganisationen 20 große Versammlungen, in denen Abgeordnete der beiden Parteien und Gewerkschaftsvertreter über die gegenwärtige Steuerung sprachen. Kommunisten versuchten hier und dort die Versammlungen zu führen. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß die Reichsregierung alles tut, um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere mit Brot, Kartoffeln und Zucker zu erschwern. Insekundäre Preise sicherzustellen. Das durch nichts gerechtfertigte Verlangen der Landwirtschaft, die Preise für das Umgelegt zu erhöhen, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Preissteigerung der Produzenten, sowie der Groß- und Kleinhandel ist einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen, um sie in einem angemessenen Verhältnis zu den wirklich entstehenden Kosten zu halten. Die Befreiungen, die Preise auf der Grundlage des sogenannten Niederbeschaffungspreises festzusetzen, müssen bekämpft und als Wucher bestraft werden.

### Dreifache Eisenbahnfahrpreise.

Der Ausschuss des Reichseisenbahnrats beschäftigte sich mit den notwendigen Erhöhungen der Eisenbahntarife. Für Oktober 1922 bis Ende März 1923 ergibt sich eine Ausgabenerhöhung von monatlich 26,6 Millionen Mark. Diese Mehrausgabe muß in der Hauptsache durch eine weitere Erhöhung der Tarife für die Güter wie für Personenbeförderung ausgeglichen werden. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt zu diesem Zweck, die Gütertarife zum 1. Oktober über die festgesetzte Erhöhung von 33 Proz. um weitere 100 Prozent und ferner die am 1. Oktober in Kraft tretenden um 50 Prozent erhöhten Personentarife ab 1. November

um weitere 100 Prozent zu steigern. — Die neuen Sätze ergeben bei den Gülertarifen rund das 370fache, bei den Personentarifen rund das 45fache der Friedensstarife. Zur Herabminderung der Ernährungsschwierigkeiten sind stark ermäßigte Ausnahmetarife für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln, vorgelesen. Beschlossen wurde, daß die Gütererhöhungstarife vom 1. Oktober unter Anrechnung der bereits beschlossenen Erhöhung von 33 Proz. insgesamt 100 Proz. der Septembersätze betragen sollen. Beim Personentarif stimmte der Ausschuss einstimmig dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Vorkaufsätze zum 1. November um 100 Proz. zu erhöhen. Die Verwaltung hat eine stärkere Belastung des Schlafwagenverkehrs und des Schnellzugverkehrs in der ersten Wagenklasse bereits angeordnet. Auf jeden Fall ist der Minister entschlossen, für Deckung der Ausgaben zu sorgen und er wird nicht zulassen, daß die Rechnung der Reichseisenbahn wieder mit einem Fehlbetrag abschließt.

### Neue Lohnverhandlungen mit den Staatsbeamten und Arbeitern.

Die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe sind beim Reichsverkehrs- und Finanzministerium wegen sofortiger Anberaumung neuer Lohn- und Gehaltsverhandlungen vorstellig geworden. Das Reichsfinanzministerium hat sich für Donnerstag, 21. September, und das Reichsverkehrsministerium für sofort zu Verhandlungen bereit erklärt. Es ist anzunehmen, daß die Staatsbediensteten in den nächsten Wochen in den Besitz weiterer Zahlungsmittel gelangen. Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzenorganisationen und den Beamtenausschuss des Reichstages für den 21. September, nachmittags 2 Uhr, zu einer Verhandlung über die neue Besoldungsregelung eingeladen.

Ein Verbot der Einfuhr von Seefischen soll mit Wirkung ab 25. September erlassen werden. Vom Verbot werden betroffene frische Seefische, einschließlich grüne Heringe, gesalzene Heringe, Klipp- und Stockfische sowie zubereitete Fische mit Ausnahme von Marinaden in Tonnen, Fässern und von Konserven.

Die Stadtratswahlen in Braunschweig. Laut Braunschweiger Nachrichten ergelien bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte die Sozialdemokraten 5581, die Unabhängigen 14564, die Kommunisten 5098, die wirtschaftliche Einheitsliste 21714 (Bürgerliche) und die Demokraten 3081 Stimmen. Demnach entfallen auf die Sozialdemokraten 1 Sitz, auf die Unabhängigen 2 und auf die bürgerliche Einheitsliste 4 Sitze. Kommunisten und Demokraten haben keinen Sitz erhalten.

Vertrauensvotum für den Genossen Auer. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München nahm gegen wenige Stimmen eine Erklärung an, wonach die Anschuldigungen gegen Auer als haltlos dargelegt werden. Sie spricht ferner aus, daß das Verhalten des Genossen Auer in der bekannten Rosenrauhangelegenheit nicht gebilligt werden könne, erklärt dieselbe jedoch für einen unpolitischen Akt und merkt sich aufs schärfste gegen seine Ausschlichtung zu durchsichtigen politischen Zwecken.

Neues Tarifabkommen im Baugewerbe. Die Arbeitsministerium hatgeforderten Verhandlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: 1. Der Monat August gilt durch die im August erfolgten Zahlungen als abgegolten. 2. Als vorläufiges, aber revidibles Septembergehalt gelangt das Dreifache eines Juliabkommens zur Auszahlung. 3. Die Ueberstunden für August werden um 80 Proz. erhöht.

Der Wiener Buchdruckerstreik ist mit einem zufriedenstellenden Erfolg der Arbeiter beendet worden. Die Solidarität der Gesamtarbeiterchaft, die wöchentlich einen Stundenlohn für die Buchdrucker opferte, und das alleinige Erscheinen der "Arbeiter-Zeitung" seit zwei Tagen hatten die Unternehmer nachgiebig gemacht.

Die wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei. Die wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei erfährt eine neue Kennzeichnung durch die soeben erfolgte Kündigung des Lohnvertrages in der chemischen Industrie. Siebenzig Betriebe mit über neuntausend Arbeiter werden davon betroffen. In der kaufmännischen Industrie beträgt die Gesamtzahl der entlassenen Arbeiter 20000, während eine gleiche Anzahl nur noch an drei Tagen der Woche arbeiten. In der Glasindustrie deutet das völlige Wägen der Oefen darauf hin, daß man sich mit einer längeren Stilllegung einzelner Bezirke bereits abfindet.

Deutscher Protest in Warschau. Der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufner, hat dem Außenminister eine Note überreicht, in welcher die polnische Note an den Völkervundrat über die Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland als eine Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland bezeichnet wird.

## Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Ernst Sieder.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XVIII.

Die Straße war voll goldenen Abendlichts. Die Arbeiterfrauen standen vor den Türen der Häuser, Hans trat keine Mutter, als sie aus dem Torweg kam. Die Abendsonne fiel auf ihr müdes Gesicht, und mit einem Male empfand Hans, daß die Mutter an einem Abend tug. Das himmelblaue Haar und weinlich, er sah sie unter dem Arm: "Wir wollen weggehen, Mutter, komm!" Sie lebte auf und ließ neben ihm so froh und stolz, als wäre sie ein junges Mädchen. Auf der Spielwiese hinter der Schule legte sie sich auf eine Bank und sah in das fallende Sonnenlicht. Violette Rockfänge schwebten hinter brennendem Holzkohle, eine Rolle, daneben und links wie ein Winkergelb, immer in die werdende Nacht, und abendliche Vögel schwebten in der Luft vor der wehenden Luft. Hans sah mit weiten Augen den Himmelsglanz auf der Mutter Gesicht. Er erkannte vor der heiteren Gläubigkeit, mit der ihre Augen Gottes ewige Nacht grüßten, als sei dort ihre Heimat. Sie ist dem Himmel näher als wir, dachte er und kam darauf, wie er ihr eine Freude machen könnte. Es wurde dunkler, als sie zurückgingen, die Mutter stolperte.

Ein Kind warf weiges Melkmaloch auf den Fußsteig. Hans wachte, daß die Mutter noch nie Lichtbilder gesehen hatte und ging mit ihr in den hinteren Saal. Sie war dort erstaunt, daß Photographien leben können, und machte bis zur Verwunderung über den drohenden May Kinder der Porzellanfabrik war, auf einem Kinderwagen einen Abgang hinterher und, trotzdem ihn die kalte Stadt verstrahlte, nicht erwidert wurde. Ein Anzuger begleitet das barockste Spiel mit Gelächern und Getöse.

Dahinter wurde ein Drama gegeben. Ein Kind behielt keinen Vater, er solle ihn doch eine Puppe heißen. Dem Vater tat das Beteln seines kleinen Mädchens weh, aber er ist arm und kann ihn keine Puppe kaufen. Schließlich kaufte das Kind vom Hans fort und nahm eine Puppe aus der Tasche eines Spielwarenverkäufers. Es wird gefacht und soll zur Polizei gebracht werden. Da erkrankte sich ein großer Knick des Kindes, schickte dem Händler die Puppe, und das kleine Mädchen ist nun sehr glücklich. Als die Mutter am Fußsteig mit der Puppe spielte, kam ein Junge, nahm ihn das Spielzeug weg und wusch es mit dem Regen. Das Kind weint hinterher, wird von einem Er-

wachsenen aus dem Keller gezogen und nach Hause gebracht. In wilden Lieberträumen verlangt es nach seiner Puppe. Der Vater macht sich auf den Weg nach dem Fluss, er geht so tief ins Wasser, als es möglich ist ohne zu ertrinken, und fischt und sucht nach dem Spielzeug — schließlich mit Erfolg. Als er aber mit der Puppe nach Hause kommt, hat sich der Klavierspieler ans Harmonium gesetzt, und das Kind ist tot. Der Vater und der Kolleger sitzen verzweifelt die Hände, das Harmonium spielt einen Chor. Zum Schluss legt der Vater auf einem Grabstein, drückt die Puppe an sich und lächelt; denn er ist inzwischen verrückt geworden. Das Bild blendet ab, der Kolleger rief mit tränkender Stimme: "Sieder Nr. 6 ist abgefallen!" Auch Mutter Dorothea hatte geweint. Jetzt sollte ein handbemalter Film "Hinterher in der Dämmerung", und die Mutter spielte dazu:

Komm in meine Liebeslande,  
in mein Paradies;  
denn in meiner Liebeslande  
träumt es sich so schön.  
Wenn in den Nächten  
verlechte Herkommen ...

"Das ist eine köstliche Melodie, Hans." Sie lächelte seine Hand. Auf dem Hermetage trällerte sie das Lied, und nun gewann es auch Hans Herz.

Am anderen Tage arbeitete die Mutter in der Waschlüche. Hans wartete auf sie, weil sie bis an die Knie im Wasser stand, und es war doch gebührend. In späteren Nächten erwachte er vom Schreien seiner Mutter, sie sah auf ihrem Bettend und sagte: "Hans, es ist nichts ..." Sie ließ toglag herum wie ein wundes Tier, die der Vater sie zwang, mit ihm in die Klinik zu fahren. Ihre Tage waren jetzt so gekümmert, daß sie keine Stiefel mehr anziehen konnte und in Pantoffeln auf die Straßenbahn steigen mußte. In der Klinik brachte man sie sofort zu Bett, obwohl sie sich mit aller Kraft dagegen wehrte.

Sie qualte sich zehn Tage lang. Dann wurde ihr der Leib aufgeschnitten, aber das Kind lebte nur wenige Minuten. Als Mutter Dorothea mit den Kindern im Bett lag, trante sie im Fieber und redete irre. Nach einer Viertelstunde war die Besuchzeit abgeklungen und Vater Dorothea trante mit den weinenden Mädchen und dem traurigen Hans wieder heimwärts. Die die Größe der Wohnung wurde ihnen aber zu grauhaft, gegen Abend fuhr Hans mit dem Vater wieder in die Klinik.

Nach dem Abendessen kam ein Arzt an Hans' Bett, wandte sich halb dem: "Sie sind doch Herr Dorothea? Ihre Frau ist tot!" und ging weiter.

Der Alte tanzelte und fiel zu Boden. Hans hatte mit aufgeschwemmten Augen in das grimmige Gesicht trostloser Qual.

XIX.

Drei Tage grauen Wehs vergingen. Der Alte hatte keine Zeit, den Kopf hängen zu lassen. Es gab so viel Vorbereitungen zu treffen ... und dann die Kinder. Er hob sie früh aus den Betten, wusch sie, sträubte ihnen das Haar und wusch ihnen Füße. Es wäre eigentlich gar nicht notwendig gewesen, denn das Älteste der beiden Mädchen war über zehn Jahre hinaus und hätte sich und der Kleinen helfen können. Aber er tat es, weil ihn ein grenzenloses Mitleid durchdringt, wenn er die Kinder nur ansah.

So war es, ehe er sich nur begann, der dritte Tag, daß die Mutter seiner Kinder gestorben war. Bei einem Trödler hatte er sich einen schwarzen Anzug geliehen, den legte er an, die Kinder trugen ihre dunkelsten Kleider. Mit der Straßenbahn fuhrten sie durch einen kalten Vorfrühlingstag, der Himmel war voll milchigen gedämpften Lichts, die Bäume atmeten frisch.

In der Vorstadt mußten sie aussteigen und zu Fuß gehen. Es war eine neue schnurgerade Straße zum Friedhofe, der Fußsteig mit Steinchen gelegt, mit jungen Ahornbäumen weglang. Der Mann schritt gefenken Hauptes fürbaß, die Kinder trippelten neben ihm her; er schützte sich abgestoßen von der Gleichgültigkeit, mit der sich die Welt in Sonne wälzte und seine Sorgen ignorierte.

Am Friedhofstor sah eine unförmige Frau auf einem Schmel und lächelte. Sie hatte gebundene Kränze vor sich und einen im Schoß liegen. Der Mann dämpfte etwas seinen Schritt, er fürchtete ihren Anruf wie einen körperlichen Schmerz. Die Kinder zogen die Luft durch die Nasenlöcher, harrten dumm und hilflos vor sich hin.

Dann noch es nach Berewung. Weiße Blumen, von der Fäulnis angefressen, lagen zertrütert auf den Kiesen der Totenpalle, ein Vogel stieß durch die Säulen, hin und wieder.

Die tote lag mit tiefen Augen und spitzer Nase im weißen Kissen. Das größere Mädchen begann leise und monoton zu wimmern, mehr vor Angst als Trauer, die Augen der Kleinen wurden noch harter und runder. Als Vater Dorothea den Kopf zur Toten niederbeugte, streifte ihn ein Geruch aus ihren Kleidern, den er kannte; so löste sich sein Schmerz, er suchte zusammen und schrie durch die aufeinandergepreßten Zähne.

Da schlurste jemand durch den Gang, es war die Leichenfrau. Sie überreichte ihm die Rechnung und lobte die gute Haltung der Verstorbenen, die allerdings noch vorteilhafter aussähe, wenn sie das Papierkleid erhalten hätte, das sie ihm offeriert hatte, das zu 120 Mark. Nach ihr erschienen die Träger, die sich Schnupftabak anboten, und der Pastor, ein junger stämmiger Mann mit englisch gestrichem Schnurrbart.

(Fortsetzung folgt.)

# Ein Raubzug der Agrarier.

## Geschwindige Brotpreisenerhöhung. — Die Deutschnationalen für eine vierfache Verteuerung des Umlagegetreides.

SPD. Berlin, 1. September.

Am Sonnabend trat im Reichsernährungsministerium der im Umlagegesetz vorgesehene Ausschuss zur Festlegung der Preise für das Umlagegetreide zusammen. Minister Fehr sagte, eine Stellungnahme zu der Erhöhung der Preise für das erste Drittel sei nötig, da die Geldentwertung die Preise für dieses Getreide gewaltig gesteigert habe und bei den niedrigen Umlagepreisen die Ablieferung stocke. Sie betrage bis zum 15. September nur 110.000 Tonnen gegenüber dem Vierfachen des Vorjahres. Er beschloß, nach entsprechender Entscheidung des Ausschusses die Reichsgetreidestelle anzuweisen, die erhöhten Beiträge zu zahlen und wolle die Zustimmung des Reichstages nachträglich einholen.

Wirtschaftsminister Felliß protestierte gegen dieses Verfahren. Der Ausschuss habe keinerlei Rechte, über die Preise des ersten Drittels zu sprechen. Der Gesetzgeber habe sie festgesetzt und dem Ausschuss nur beratende Tätigkeit für die Preise des zweiten und des dritten Drittels zugewiesen. Auch sachlich sei eine Erhöhung für das erste Drittel nicht berechtigt. Die sachliche Regierung habe sich daher mit aller Entschiedenheit gegen eine Preisenerhöhung für das erste Drittel ausgesprochen.

Nachdem die Abgeordneten Cunow (DVP.) und Thiele (DVP.) sowie der Agrarier v. Oppen erklärt hatten, daß die Landwirte für das erste Drittel ihrer Ablieferung die Marktpreise mit einem kleinen Abschlag haben müßten, erklärte Genosse Herz (USP.), die Absicht des Ernährungsministeriums, an den Preisen für das erste Drittel aus eigener Machtvollkommenheit zu ändern, verstoße gegen das Gesetz und sei für die sozialistischen Parteien wirtschaftlich und politisch untragbar. Werde trotzdem eine Entscheidung zu Gunsten einer Erhöhung der Preise für das erste Drittel beschloßen, so müsse das von entscheidender politischer Bedeutung für die künftige Stellung der beiden sozialistischen Parteien zur Regierung sein.

Für den DGB gab Genosse Knoll folgende Erklärung ab: Die Erhöhung der Brotpreise, die eintreten müßte, wenn der Preis für das Umlagegetreide erhöht wird, ist eine außerordentlich große Gefahr sowohl für die Ernährung der breiten Volksmassen als auch innerpolitischer Art. Die Spanne zwischen dem Einkommen der großen Masse der Bevölkerung und den Kosten der Lebenshaltung hat durch die Ereignisse der letzten Woche eine geradezu bedrohliche Gestalt angenommen. Durch eine Erhöhung des Brotpreises würde diese Spanne noch größer, da erfahrungsgemäß eine Erhöhung des Brotpreises stets eine Erhöhung der gesamten Lebenshaltungskosten nach sich zieht. Bei aller Anspannung ihrer Kraft ist es den Gewerkschaften nicht möglich, diese Spanne auszugleichen, abgesehen davon, daß die Kreise der Verbraucher, denen nicht einmal die Mittel der gewerkschaftlichen Organisation zur Verfügung stehen (wie zum Beispiel Sozialrentner, Kleintentner, rentenlose Erwerbsunfähige und Armenrentner) der weiteren Brotpreisenerhöhung vollkommen wehrlos gegenüberstehen und heute schon buchstäblich am Verhungern sind. Es ist aber auch eine Erhöhung der Umlagepreise sachlich nicht berechtigt. Angenommen selbst, daß der ursprünglich festgesetzte Preis die Produktionskosten des Umlagegetreides nicht bedecken sollte, ist der Anteil des Umlagegetreides an der gesamten Getreideernte so gering, daß die Landwirtschaft wohl in der Lage ist, an dem in den freien Handel kommenden größeren Teil der Getreideernte sowie allen übrigen Erzeugnissen den relativ geringen Ausfall decken zu können. Sofern dabei einzelne Landwirte, die im Verhältnis mehr Getreide als andere gebaut haben, eine größere Einbuße erleiden sollten, dürfte es der Landwirtschaft bei ihrer vorbildlichen Organisation ein leichtes sein, hier nach dem Grundsatz der Solidarität einen Ausgleich aus eigener Kraft zu schaffen.

Ein badischer Landwirt erklärte offen, daß man dort bis zur neuen Preisregelung mit der Ablieferung zurückhalte. Nur bei wesentlicher Erhöhung der Preise, die sich kündigt den Marktpreisen anpassen müßten, werde man die Umlage erfüllen.

Demgegenüber warf Genosse Kappeler die Frage auf, ob die Landwirte bei einem Rückgang der Preise auch verlangen würden, daß die Umlagepreise erniedrigt würden. Die Erhöhung der Preise für das erste Drittel rufe eine innerpolitische Krise hervor, für die die beiden sozialistischen Parteien die Verantwortung ablehnten. Der Umlagepreis entspräche den Herstellungskosten keinesfalls. Die Herstellungskosten der neuen Ernte haben mit den jetzigen Preisen nichts zu tun. Eine Erhöhung der Umlagepreise bewirke automatisch eine Erhöhung der Kartoffelpreise, da diese sich nach den Getreidepreisen richten. Gegenüber den Drohungen der Landwirtschaft mit Verweigerung der Ablieferung fordere er vom Minister strikte Durchführung des Gesetzes, das die tägliche Ernteleistung vorsehe.

In der weiteren Debatte wendet sich Bästlein (Konsumvereine) gegen die Entscheidung des Ausschusses, zu der er nicht berechtigt sei. Der Reichstag habe den Preis festgesetzt und nur er könne ihn ändern.

Der Vertreter Preußens und Bayerns sprach sich für eine wesentliche Erhöhung der Preise für das erste Drittel aus. Die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg waren für eine mäßige Erhöhung, die aber auch nur durch den Reichstag vorgenommen werden könne.

Nach einer Pause, in der die agrarischen Mitglieder des Ausschusses unter sich tagten, brachte Schiele (DVP.) den Antrag ein, die Umlagepreise entsprechend den Indizes für August, September und Oktober festzusetzen, außerdem aber den erneuten Ausfall des laufenden Wirtschaftsjahres zu berücksichtigen. Dieser Antrag bedeutet eine Verzierung des vom Gesetzgeber für das erste Drittel festgesetzten Preises.

Vor der Abstimmung erklärte Wirtschaftsminister Felliß sogleich im Namen von Bästlein, Herz, Kappeler und Knoll, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden, um sich nicht an einer geschwindigen Handlung zu beteiligen. Sie seien auch gezwungen, jede Verantwortung für die Folgen eines solchen Beschlusses abzulehnen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Schiele mit 11 gegen 3 Stimmen bei Stimmenthaltung der sozialistischen Mitglieder und des deutschnationalen Grafen v. Oppen, der selbst gegen diesen Beschluß die Opposition des Reichslandbundes offen halten will.

Soweit der Bericht, der eine kaum glaubliche Nichtachtung der schweren wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands enthüllt. Die Agrarier haben demnach ihr monatelanges Treiben gegen das Umlagegesetz mit einem riesigen Erfolg beendet, denn der Beschluß des Ausschusses, dem jede gesetzliche Legitimation zur Erfüllung der Preise für das erste Drittel fehlt, hat damit plötzlich die Sicherung gegen künftige Preissteigerungen aus dem Umlagegesetz herausgebracht, die den beiden sozialdemokratischen Parteien allein die Zustimmung zu dem Umlagegesetz ermöglichte. Wir müßten einstweilen noch daran zweifeln, daß der Minister Fehr, der sich auf eine so winzige Mehrheit, den Beschluß des Ausschusses ohne Befragung des Reichstages durchzuführen sollte. In Uebereinstimmung mit den im Ausschuss durch die sozialistischen Mitglieder vertretenen Anschauungen sehen wir in der geschwindigen Verzierung der Umlagepreise für das erste Drittel die Herausbeschwörung einer innerpolitischen Krise. Die deutschnationalen Blätter vom Schlage der Lübeckischen Anzeigen werden nicht verfehlen, für die weitere, einfach nicht zu ertragende Verteuerung der Lebenshaltung die Republik und die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen, um sich von der Tatsache zu drücken, daß die Deutschnationalen zielklar darauf lossteuern, den Untergang des deutschen Volkes zu beschleunigen.

## Der Kommunistenreich in Thüringen und Sachsen.

Die kommunistische Presse jubelt über den Ausfall der Wahlen in Thüringen. Mit ihr alle Zeitungen des Bürgerrechts. Das Bürgerrecht hat also gefiegt und auch die Kommunisten werden Stegeskränze um ihre Fahnen. Weite Teile der Thüringer Arbeiterklasse haben ihrer Regierung, der sozialistischen Arbeiterregierung, das Vertrauen versagt. Wenn das kaum ein Jahr nach den letzten Landtagswahlen möglich war, dann dürfen, so schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, die Kommunisten für sich das Verdienst beanspruchen, entscheidend dazu beigetragen zu haben.

In jedem Aufsatze fabelt die kommunistische Partei von der Notwendigkeit, Arbeiterregierungen zu bilden. Eine solche Arbeiterregierung besteht in Thüringen. Sie vermag sich nur zu halten durch die dauernde Unterstützung der kommunistischen Abgeordneten im thüringischen Landtag, die das Jünglein an der Wage bilden. Alle Maßnahmen der thüringischen Regierung sind also unter Zustimmung der Kommunisten getroffen worden und trotzdem lehnen die Kommunisten mit einer geradezu schmachvollen Hege gegen die Regierung ein, die nur auf ihre Kosten lebt. Die Kommunisten sind sich des Dankes aller Reaktionsäre gewiß, das Bürgerrecht erklärt in aller Offenheit, daß ohne die Mithilfe der kommunistischen Wahlbezer ein solcher Sieg unmöglich gewesen wäre.

Hat nun aber die kommunistische Partei selbst das Recht, von einem Sieg ihrer Ideen zu sprechen? Es steht fest, daß in einer ganzen Anzahl von Gemeinden die Arbeitermehrheiten vorhanden sind. Von den neun Stadtkreisen haben insgesamt sieben bürgerliche Mehrheiten erhalten. Nur auf den Rathhäusern in Gera und Altenburg dominiert noch die rote Flagge. Von den 16 Landkreisen fielen insgesamt 11 den bürgerlichen Mehrheiten in die Hände, so daß nur in den Kreisen Sonneberg, Rudolstadt, Saalfeld und Altenburg die Arbeiterparteien die Mehrheit haben. An den neun kreisfreien Städten wurden insgesamt 88.075 Stimmen für die Arbeiterparteien abgegeben, denen 106.602 nicht-sozialistische Stimmen entgegenstehen. Das ist ein „Erfolg“, auf den die kommunistische Partei stolz sein darf und es ersteht die Frage, wie denn nun die Kommunisten selbst abgeschnitten haben, inwieweit sie imstande waren, die den sozialistischen Parteien abgehenden Stimmen auf ihre Fahnen zu vereinen. Zunächst steht fest, daß trotz der Reichslügenverbandsmethoden der Kommunisten in weiten Kreisen des Landes die sozialistischen Parteien wesentlich zugenommen haben. Aber nirgends ist es den Kommunisten gelungen, die diffidierenden Arbeiterwähler in ihren Bann zu zwingen, so daß die Kommunisten keinerlei Veranlassung haben, den Zuwachs an Stimmen in einzelnen Kreisen mit besonderem Pathos zu feiern. Der Ausgang der Wahlen in Thüringen ist eine Niederlage der Arbeiterklasse, und die sachlichen Kommunisten spekulieren bereits damit, bei dem bevorstehenden Wahlkampf dieselben Wandervereinrichtungen, die möglicherweise dieselben Erfolge zeitigen könnten, zur Freude des Bürgerrechts.

Interessant ist auch, was das Erfurter unabhängige Organ zu dem Wahlausfall schreibt:

„Die Bürgerlichen führten den Wahlkampf von Anfang an ausschließlich gegen die sozialistische Regierung. Das konservative

Fühlen des Spießers ist reichlich aufgepuscht worden. Eine jede Regierung, auch eine sozialistische und noch dazu die eines Einzelstaates, steht heute vor ungeheuren Schwierigkeiten. Die Teuerung mit ihren Begleiterscheinungen ist eine Erscheinung internationalen Ausmaßes. Einer deutschen Regierung allein — selbst einer reinen Arbeiterregierung — ist es unmöglich, sie völlig zu bannen. Das Beispiel Rußlands beweist, daß nicht einmal eine extrem kommunistische Regierung anders kann.

Stehen also einer Reichsregierung im Kampf gegen die übermächtigen Teuerungsvhältnisse schier unüberwindliche Hindernisse entgegen, um wie vieles mehr einer einzelstaatlichen Regierung, deren Tätigkeitskreis beschränkt ist und sich vor allem nur im Rahmen der Reichsgesetze vollziehen kann. Das wissen die Gegner der Thüringer Regierung sehr genau. Aber ein gut Teil Demagogie läßt es nicht zu, das offen einzugehen. Es gehört zwar kein böses hohes Gesicht dazu, ist aber um so einfacher, eine sozialistische Regierung für all das Elend unserer Tage verantwortlich zu machen. Die Einfältigen und Gedankenlosen — deren es leider noch so ungeheuer viele gibt — werden sich immer bereden lassen, wenn man ihnen sagt: „Seht, die rote Regierung ist ganz unfähig; seitdem sie am Ruder ist, wurden die Verhältnisse nur noch schlimmer. Bei ihr herrscht schlimme Miswirtschaft.“ Wenn auch geholfen werden soll, müßt ihr bürgerlich wählen.“ Solche Redensarten kommen den Denkschwachen entgegen und werden willig geglaubt. Der Verständigere weiß, daß niemals die Thüringer sozialistische Regierung auch nur die geringste Schuld an den jetzigen Zuständen trifft, daß diese vielmehr ungeheuer viel tat — mehr als jede bürgerliche Regierung zu tun in der Lage wäre — um der Not der Zeit zu begegnen. Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen sind die Wahlerfolge des Bürgerrechts alles andere als große Siege.

Wehrlich liegen die Dinge mit den Kommunisten. Auch sie haben sich, obgleich sie indirekt mit Regierungspartei sind, doch als Oppositionspartei ausgepielt. Dadurch sind ihnen die Stimmen eines Teiles proletarischer Wähler zugeflossen, die ebenfalls sehr hart grundlos hin und her pendeln. Ein ganz Teil Arbeiter hat sich ihnen rein zum Protest gegen die Teuerung angeschlossen. Die Sozialisten sitzen in der Thüringer Regierung, also sind sie schuld — einfache, wenn auch etwas naive Rechnung. Hinzu kam eine systematische Hege unter Anwendung ganz skrupelloser demagogischer Mittel. Keine Verleumdung war zu dumm, nicht ausgesprochen zu werden. Aber dieser ganze kommunistische Aufwand war nutzlos verthan. Wenn auch die kommunistische Presse Siegeshymnen anstimmt, tatsächlich ist bei ihnen nur ein sehr geringer Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen und dieser auch nur in einzelnen Landesteilen.“

Mit den gleich schädlichen Mitteln arbeiteten die Kommunisten in Sachsen. Wir haben bereits darüber berichtet, daß die Proletarier mit allen bürgerlichen Fraktionen, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, eine geschlossene Kampffront gegen die Sozialdemokratie bildeten und so deren Bemühungen, vor der Auflösung des Landtages noch eine Reihe wichtiger Gesetze zu verabschieden, unmöglich machten. Die Bildung der sozialistischen Regierung in Sachsen hat ein Wutgeheul der ganzen deutschen Reaktion ausgelöst und mit allen Mitteln hat die Reaktion seitdem versucht, die verhasste sozialistische Regierung

zu stürzen. Die bayerische Reaktion hatte in ihrem Wutplan bekanntlich einen besonderen Abschnitt zur Niederkämpfung des von der sächsischen Arbeiterregierung zu erwartenden Widerstandes aufgenommen, der beste Beweis, wie sehr der Bestand der sozialistischen Regierung in Sachsen im proletarischen Interesse lag. Jetzt hat die Reaktion Helfer gefunden in den „Arbeiter“-Vertretern, den Kommunisten, die zur Reaktion abgewandert sind.

Bei dieser Sachlage zeugt es von einer verlogenen Unverfrorenheit sondergleichen, wenn die kommunistischen Redner auch in der letzten Landtags Sitzung wieder der proletarischen Öffentlichkeit das hohe Lied von der proletarischen Einheitsfront in den höchsten Tönen vorzungen. Man schäme sich doch wirklich die Massen verteuert niedrig ein, wenn man ihnen mit Erfolg vorreden zu können glaubt, die kommunistische Landtagsfraktion verbrüdere sich nur deshalb mit dem Bürgertum und der Reaktion, um die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Reaktion herbeizuführen! Wer so einseitig sein sollte, auf diesen faulen Zauber noch hereinzufallen und den kommunistischen Rattenfängern immer weiter nachzulaufen, der verdient es nicht besser, als daß er von ihnen an der Nase herumgeführt wird. Man könnte sich damit abfinden, daß einzelne absolut nicht durch Erfahrungen klug werden, sondern unbedingt stets von neuem auf die kommunistischen Leimzuten gehen wollen, wenn nicht eben dadurch die Geschäfte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse gefördert würden. Deshalb ist es auch für den, der in der Erkenntnis, daß die Dummheit niemals ganz alle weiden, das kommunistische Grüppchen für bedeutungslos hält, doch immer wieder nötig, die Arbeiter auf die Verrätertätigkeit der kommunistischen Führer hinzuweisen, die durch das, was sie „Politik“ nennen, bewußt oder unbewußt nur die Geschäfte des Bürgertums, die Geschäfte der Reaktion, bejorgen.

Der Erfolg der bürgerlichen Parteien in Sachsen scheint auch einigen bürgerlichen Gruppen in Thüringen den Mut zu geben, auf einen Volksentscheid zur Auflösung des thüringischen Landtages hinzuwirken. Es sind bereits Verhandlungen unter den Bürgerlichen, Wege eines gemeinsamen zu fordernden Volksentscheides zu finden im Gange.

## Politische Durchstecherei.

Die deutschnationale Presse, voran die „Tägl. Rundschau“, veröffentlichte kürzlich ein Telegramm des Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“ über die durch Stinnes erledigte Erfüllungspolitik Wirths und sang Stinnes für seinen Vertrag mit Lubersac ein Loblied. Nun beschwert sich der obengenannte Korrespondent, daß die deutschnationale Presse das Telegramm zu ihren politischen Zwecken zitiert hat, indem sie zwei wichtige Sätze ausließ: Die lauten:

„Der Stinnes-Vertrag wurzelt in dem Wiesbadener Abkommen, der das Werk Walther Rathenaus war.“ Ferner fehlt der Satz: „Der Stinnes-Lubersac-Vertrag ist die erste Frucht der verstorbenen Erfüllungspolitik, deren größter Exponent Dr. Walther Rathenau war.“

Der Auszug — schreibt der Korrespondent des engl. Blattes — wie er in der „Tägl. Rundschau“ zitiert wird, ist also irreführend. Zwar bin ich der Ansicht, daß sich die Erfüllungspolitik überlebt hat, denn die Initiative zu einer deutsch-französischen Annäherung ist jetzt von der Industrie ergriffen worden, aber die Atmosphäre, ohne die eine solche Annäherung unmöglich gewesen wäre, wurde durch die Erfüllungspolitik und durch das sehr hohe Ansehen, das sich Wirth und Rathenau im Ausland erworben, geschaffen. Es ist zu bedauern, wenn deutsche Blätter die Stimmen ausländischer Berichterstatter durch unrichtige Wiedergabe ausnutzen, um letztere Tatsache zu verächteln.

Die Behauptung also, die Regierung Wirth genieße nicht das Vertrauen des Auslandes, wurde von der reaktionären Presse mit gefälschten Beweisen gestützt.

## Vereinigte Kraft — doppelte Macht.

Mugsburg, 16. September.

Zu der Sitzung des Parteiausschusses am Sonnabend berichtete Genosse Wels ausführlich über die vom Parteivorstand mit der Zentralleitung der USP. gepflogenen Einigungs-Verhandlungen. Dem Bericht folgte eine eingehende Aussprache, in der sich völlige Uebereinstimmung mit dem Verhalten des Parteivorstandes ergab.

Unser Mugsburger Parteiblatt, die „Schwäbische Volkszeitung“, widmet der Eröffnung des Parteitages eine künstlerisch ausgestattete 24seitige Sondernummer, in der u. a. Reichstagspräsident Lobe über „Sozialdemokratie und Republik“ schreibt:

Wir werden die demokratische Republik in organischer Arbeit ausbauen zum sozialistischen Volksstaat. Das Tempo dieses Umbaus muß beschleunigt werden können, wenn das Gros der Arbeiterklasse wieder einig marschiert. Es wird aber erst wirklichen Erfolg versprechen, wenn der Druck der fremden Gewalt und der fremden Lasten von uns genommen ist, der heute jeden sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt erstift. Deshalb ergeht unser Appell an die Arbeiter der Siegermächte, daß sich ihre Kraft mit der untrüglichen vereinigten Schutze der deutschen Republik gegen die blutlaugerische Tätigkeit ihrer kapitalistischen Klassen, die den Frieden der Welt gefährden, die antirepublikanischen Strömungen stärken und den Fortschritt zum Sozialismus hindern. Mit den inneren Feinden der deutschen Republik wird die deutsche Arbeiterklasse allein fertig werden. Zur Abwehr ihrer Feinde unter den Militaristen und Kapitalisten der Siegerstaaten bedarf sie der Hilfe ihrer Arbeitsbrüder in aller Welt.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 18. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	16. Septbr.	15. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	57128.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10661.—
Kristiania	100 Kr.	24818.—
Kopenhagen	100 Kr.	31860 1/2
Stockholm	100 Kr.	39051.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	3196.—
Rom	100 Lire	6317.05
London	1 £	6546.50
New York	1 Doll.	1425.64
Paris	100 Frs.	11285.80
Zürich	100 Frs.	278.65
Madrid	100 Pesetas	22471.—
Wien	100 K.	2.03
Prag	100 K.	4744.05
Budapest	100 K.	59.92
Argentinien	100 Pesos	524.30
Bulgarien	100 Leva	888.55
Rumänien	100 Lei	—
Japan	1 Yen	711.60
Rio de Janeiro	100 Reis	184.76

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

**Hotels, Restaurants, Cafés**  
Veranstaltungen

**Hotel Viktoria** Fernruf 452.  
Gegenüber dem Bahnhof.

**Hotel International** Neues Haus  
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

**Hotel Stadt Hamburg**  
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

**Gewerkschaftshaus** Johannisstraße.  
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

**Stadthallen-Restaurant** F. 896. Täglich  
Künstler-Konzert. Sonntags vornehmes  
Kränzchen. C. Hanschen.

**Restaurant und Café zum Deutschen  
Maiser** Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41.  
Fernsprecher 581. Gute Küche. Ströbahlstraße 3.

**Theater-Restaurant u. Café**  
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagsfisch.

**Bodega Weinstuben** F. 8936. Fleischhauer-  
straße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

**Rathaushalle** Tägl. von 5-1 Uhr  
Künstlerkonzert.  
Billards. W. Bruhn.

**Stadthallen - Weißer Saal**  
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.  
Anfang 5 Uhr.

**Stadt-Café** Holstenstraße 17.  
Täglich Künstler-Konzert.  
Paul Ferck.

**Café Viktoria** Täglich Konzert.  
Mühlenbrücke 1.

**„Opera“** 8 Uhr abends.

**Café Roland** Tägl. Künstler-Konzert

**Café Bernhardt** Fackenburg  
Allee 9.  
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

**Hansa-Café** Inh. G. Spieker Wwe.  
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

**Neues Lichtspiel-Theater**  
Fernruf 8695. Breite Straße 13.  
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.  
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem  
nur die anserwählten Programme.  
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

**Tusculum** Fischstraße 4. Bar m. Wein-  
stuben. Dezenie Musik.

**Gerhard Tschorn** Speisekasino.  
Johannisstr. 3

**Julius Stammer** Konditorei - Kaffee.  
Lindenstraße 1b.

**Hodermanns Konditorei**  
Täglich Konzert.

**Uhren, Goldwaren und Musik**

**C. Porté** Goldschmiedemeister.  
Fabrikation u. Verkauf jugen-  
dlicher Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 25.

**Ludwig Zander** Juwelier u. Gold-  
schmied.  
Fernruf 8700. Mariesgrube 3.

**Lorenz Behnfeldt**  
Pflaßstraße 2. Uhren, Goldwaren,  
Reparaturwerkstatt.

**Dudolph Wiese** Goldschmied.  
Breite Straße 48.  
Gold-, Silberwaren, Versüb., Alpaca-, Nickelwaren.

**Hallers Musikhaus** Lübeck.  
Markt 3.

**Meyer & Eggert** Fernruf 2425.  
Königstraße 116.  
Musikinstrumente.

**Musikhaus Fr. Dietrich & Co.**  
Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher  
Art. Salzen. Beckergstraße 27.

**Musik** Instrumente, Lauten, Gitarren,  
Mandolinen usw.  
**Ernst Robert** Breite Straße 29. Fernr. 8750.

**A Geschäftliche Rundschau**  
und  
**Zeitung-Dauer-Fahrplan**

**Ehlers & Reetwisch** St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten  
Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

**Schuhhaus Zentrum** Inh.: W. Ludwig, Markttwiete 2.

**Musikhaus Jack** Musikalien aller Art. Markttwiete 2.

**Grabsteine J. G. Rediglaub Ndlg.** Israelsdorfer Allee 17. u. 34.  
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise. Fernsprecher 8197.

**Restaurant Späßvogel** Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.  
Gemüthlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-  
Konzert.

**Schweizerhaus** Israelsdorfer Allee. Fernruf 2394.  
Restaurant, Café, Konditorei.

**Trocadero** Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte.  
Sonntags 5 Uhr.

**Fledermaus** Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung  
und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübedks seine Lebens-  
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

**Schuhwarenhaus W. Blumenthal** Kohlmarkt 1.  
Sandstraße 2-4.

**Uhren-Voss** Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde	Niendorf	ab. Stadt an	Stand an	an.
5:45	7:35	5:50	7:05	8:00	9:15	6:34	7:43	7:15	8:12	6:15	7:22	5:21	6:01	6:11	6:22
7:40	8:55	7:00	8:14	1:30	2:45	1:14	1:00	9:47	10:45	8:25	9:15	8:15	9:00	9:32	9:54
7:47	9:21	8:00	D 9:21	4:15*	5:30	6:22	* 1:25	12:13	1:09	12:24*	1:21	9:42	10:11	10:16	10:41
9:35	D 10:26	8:40	D 9:57	5:30	6:32	3:27	4:32	1:22	D 2:25	2:55	3:35	2:07	2:47	2:05	2:17
11:03	12:25	10:17	11:34	9:35	10:33	7:22	8:40	1:22	D 2:25	7:44	S 8:54	4:25	W 4:50	2:52	3:17
1:25	2:55	1:22	1:52	D Berlin-Stiel und zurück				2:00	2:58	7:44	S 8:54	6:22	7:30	4:55	5:17
3:44	5:05	1:22	1:52					7:38	8:37	8:53	9:16	9:25	10:05	7:55	8:00
4:17	5:38	3:10	4:17									Niendorf	Travemünde	Lübeck	
7:15	D 8:30	5:36	5:16									ab Strand	ab Stadt	ab an	
7:22	9:00	5:15	6:11									6:30	6:50	6:55	7:34
8:30	D 9:15	6:55	7:32									10:09	10:30	10:25	10:53
9:30	10:17	7:25	8:11									11:00	11:15	11:10	11:40
9:35	11:17	7:25	8:11									2:27	2:52	2:57	3:36
		9:00	10:38									6:10	6:28	6:38	7:06
		9:35	11:17										7:50	7:55	8:37
		11:15	1:05										8:25	8:47	9:21
													10:20	10:35	11:17

*(Ohne Gewähr)*

**Markmann & Meyer** Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.  
Markthalleneingang Breite Straße.

**H. E. Koch Möbelhäuser** Ausstellungsräume. - Fernruf 1050.  
Mariesgrube 45, 40.  
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

**Georg Petersen** Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

**Walter Büttner** Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und  
Metalle en gros.

**Auto-Eschen** Fernruf 1864

**Camphausen & Co.** Kraftfahrzeuge.

**Possehl's Kohlenhandlung**  
Abteilung Beckergstraße Abteilung Mühlenstr. 52  
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8725  
**Koks - Kohlen - Briketts**  
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

**E. Braun-Schweig Ndlg.** Kohlen  
Koks  
Briketts  
Fernruf 9210, 8717.  
Johannisstraße 16, I.

**Max Boye** Holz-, Kohlen- und Holz-  
kohlen-Lager. Tägliches  
Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

**F. W. Tietz**  
Transport- und Feuerungsgeschäft  
Koks, Kohlen, Briketts. Fernruf 943. Pelzerstr. 24.

**Adolf Borgfeld, Lübeck** Inhaber Hermans Kubli.  
**Oelen, Herde, Orudeherde, Gaskodier** Größte Auswahl bei  
günstigsten Preisen.

**Spanetti**  
Milch-Schokolade  
Schweizer Art.

**Restaurant Zum Stadtpark**  
Sonntags Familienkränzchen.

**Lebensmittel und Drogen**

**L. Reeper** Fernruf 8915. Königstr. 75.  
Kaffeegroßrösterei und  
Kolonialwaren.

Reserviert für  
**J. G. Niederegger** Marzipan.

**Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck**  
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

**Hansa-Meierei** Fackenburg Allee  
59a und b.  
Fernruf 281/557.

**Postdöcker Butterhandlung**  
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergstraße 9.

**Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck**  
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter-  
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

**Aland Bod- u. Bierwurst.**

**Erich Helm** Wurstfabrik.  
Fleischhauerstraße 54.

**Ahrbergs Bockwurst u. wurstchen**  
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

**Fischversandhaus „Möwe“** Alfr. Beßmann  
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.  
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

**Heinrich Prüm** Fernruf 651.  
Wahmstr. 21.  
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

**Ludw. Buck** Fernruf 3734.  
Breite Straße 86.  
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

**C. Klein** Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.  
Delikatessen - Fettwaren.

**Johannes Nanssen** Balauerfohr 17  
Kolonialwaren - Fettwaren.

Reserviert für  
**Janssen Delikatessen** Beckergstraße 7.

**Speithmann & Fischer** Kartoffeln,  
Frucht,  
Gemüse. Fernruf 102. Beckergstraße 59.

**Fr. R. Muuß** Günstiger Einkauf von  
Lebensmitteln. Alfstraße 25.

**C. F. Alm** Holstenstraße 12. Fernruf 800.  
Farben, Drogen, Chemikalien.

**Diana-Drogerie** Paul Stammer. F. 8644  
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

**Ferd. Kayser** Drogerie.  
Breite Straße 81.

**Lübecker Central-  
Brotfabrik** R. Spangenberg, Linden-  
straße 20/22.

**Ed. Teuteberg**  
Lederhandlung.  
Untertrave 67.

**Auguste Popp** Schuhwarenhaus.  
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

**Friedrich Baurenfeld**  
Schuhwaren. Fernruf 1865. Mühlenstraße 34.

**Wih. Ewert** Schuhwaren. Untertrave 3.  
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

**Chr. Rebien** Schwönekenquerstraße 25.  
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

**Karl Brandt** Schuhwaren.  
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

**E. Dittmer** Fünfhausen 7. Schuhreparatur-  
werkstätte. Maßanfertigung.

**Carl Hans Kühl** Fernruf 2988.  
Mühlenstraße 42.  
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

**Alexander Krock** Königstr. 47,  
b. d. Johannisstr.  
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

**F. Fränkel**  
Breite Straße 35 und  
Holstenstraße 4.  
Billigste Bezugs-  
quelle in echten  
Lederwaren, Koffern  
und Reiseartikeln.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 18. September.

### Frau Gorge.

#### Die Hausfrauen ertrinken in der Teuerung.

Die wilde Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse wird denen zum Schicksal, von denen Arbeit kaum jemand spricht, weil sie als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, mit meinen die Hausfrauen.

Schon vor dem Kriege ist es so gewesen, daß die verheiratete Frau ihr halbes Leben verzetteln mußte mit den tausend kleinen Sorgen des Alltags um Essen, Reinigung und Wiederherstellung. So starb viel Lebensmut und Lebensfreude im Klotztopf, im Zwang der Pfennig Sorgen. Was sich aber heute auf diesem Gebiete abspielt, ist mit jener Zeit schlechterdings nicht vergleichbar. Heute verzichtet jede Frau, die sich um einen Haushalt zu kümmern hat, eine hoffnungslose Arbeit, wie sie heimtückischer, quälender und feilenmörderischer der größte Menschenfeind nie erfinden haben würde.

Am Freitag oder Sonnabend kommt ein Bündel Scheine mit großen Zahlen in die Hand der Hausfrau; noch am gleichen Abend beginnt stets erneut die Katastrophe. Jeder noch so funktionelle und noch so raffiniert ausgearbeitete Wirtschaftszweig wird durch die forgeschrittenen Preise aller Bedürfnisse über den Haufen geworfen. Wie eine jeden Tag neu Ertrinkende wehrt sich die Mutter und Ehefrau dagegen, die Ernährung und alle sonstigen Bedürfnisse der Ihrigen immer weiter einzuschränken zu müssen. Sie fühlt die Strafe des immer nur Ausgebenmüssens, die Wehrlosigkeit gegenüber dem ihr auferlegten Zwang zur materiellen Unzulänglichkeit in körperlicher Festigkeit. Die Geißel unserer Not trifft sie doppelt und dreifach. Immer wieder hört man auch von den Hausfrauen, die die Sorge ums tägliche Brot nur als einfache und selbstverständliche Pflicht denken, daß sie diesen Druck des Mißverhältnisses zwischen Wirtschaftsgeld und Preisen nicht mehr auszuhalten vermögen. Die völlige Unsicherheit aller ausgeübten Rechnungen, die Unwiderstehlichkeit der erdrückenden Tatsachen macht die Frau, die mit dem Koch zum Markt geht, die Kocht, schneidet, flücht, die vom Erwachen bis zur Nacht nur vorat und jede Minute sich mit dem Unfassbaren quält, zur wahren Märtyrerin unserer Zeit. In ihr stirbt damit unendlich Wertvolles; es wird von der Not der Zeit verschüttet, zertrampelt.

Vergessen wir bei dem Kampfe gegen die Teuerung nicht, daß wir auch den Frauen ihre schier unerträgliche Bürde erleichtern müssen.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 25. ds. Mts., abends 6 Uhr, statt.

Eine Versammlung des Bürgerausschusses findet am Mittwoch, dem 20. ds. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Roten Saale des Rathhauses statt.

Reichsbund Schwarz-weiß-rot. Für dieses nationalistische Gebilde entfalten gegenwärtig hauptsächlich jüngere Angestellte in ihren Kreisen eine lebhafte Propaganda. Sie vertreiben Postkarten, die eine Beitrittserklärung enthalten und an die Geschäftsstelle des Bundes, Liegnitz, Neue Goldbergstraße 67, einzuschicken sind. Um Dumme zu fangen, wird behauptet: „Der Bund dient keiner politischen Partei. Der Reichsbund Schwarz-weiß-rot“ (Sieg Liegnitz) hat nur das Ziel einen Volkseinsatz auf Grund der Verfassung — Artikel 73 — über die Wiedereinführung der alten Reichsflagge Schwarz-weiß-rot herbeizuführen. Jeder treue Anhänger werde unter seinen Freunden, damit das Ziel erreicht wird. Freiwillige Mitarbeiter werden überall gesucht. — Man sieht also, daß der nationalistische Rummel auf alle mögliche Art und Weise entfacht werden soll.

Der Bezug von Markenbrot. Die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats liegt jetzt im Wortlaut vor. Versorgungsberechtigt sind nicht Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 für die alleinlebende Person 30 000 Mark, für den Haushaltungsvorstand 30 000 Mark zuzüglich 15 000 Mark für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen übersteigen hat. Maßgebend ist der Einkommensteuerbescheid für 1921, wenn ein solcher noch nicht zugestellt ist, deren Einkommensteuererklärung. Wenn eine inländische Einkommensteuerpflicht für 1921 nicht besteht, so gilt das tatsächliche Einkommen. Versorgungsberechtigt bleibt auch, wer nachweist, daß kein Einkommen im Wirtschaftsjahre 1922/23 das Vierfache dieser Sätze nicht übersteigt. Die Verordnung soll am 16. Oktober wirksam werden.

Arbeitsstreckung hat Entlassung. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die wirtschaftliche Unsicherheit infolge des Marktkrises, und insbesondere die Erschwerungen im Bezug ausländischer Rohstoffe haben stellenweise die Gefahr einer Verminderung der industriellen Tätigkeit nahegerückt. Dies gibt Anlaß, darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 218) dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsleistung durch Vertiefung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzten arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend herabsetzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte. Die Vorschriften über Arbeitsstreckung gelten nicht bei Entlassung von Arbeitnehmern, die nur zu vorübergehender Ausbilde oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstatte sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besondere Schutz ist für Kriegsbefähigte, Kriegshinterbliebene und so weiter vorgesehen. Für Streitigkeiten, die aus der Anwendung dieser Bestimmungen entstehen, sind die Schlichtungsausschüsse zuständig.

Zulassung der Verfrachter auf dem Gemüsemarkt. Die letzten Wünsche entsprechend hat das Polizeiamt unter dem heutigen Datum eine Abänderung der Verordnung über den Markt am Holstentor erlassen, auf Grund welcher auch den Verfrachtern der Besuch des Großmarktes am Holstentor in vollem Umfang gestattet ist. Um jedoch den Marktverkehr nicht zu beeinträchtigen, haben die Verfrachter unter den gleichen üblichen Großmarktbedingungen zu kaufen, wie dies von den Großhändlern und Großverfrachtern verlangt wird. Die Waren werden sämtlich nur in den jeweils in den Kördern entworfenen bestimm-

ten, bezw. vorher abgewogenen Mengen abgegeben und niemand ist verpflichtet, Teile dieser Warenmengen abzugeben. Ferner ist auch zu beachten, daß die Verkaufszeit von 7-9 Uhr dauert, und es den Käufern verboten ist, vor dieser Zeit den Marktplatz zu betreten. Das Polizeiamt glaubt mit dieser Regelung den Wünschen weiter Bevölkerungsteile entsprochen zu haben, da es nunmehr jedermann freisteht, zu Händlerpreisen unmittelbar vom Erzeuger seine Waren auf dem Großmarkt selbst einzukaufen zu können.

Erhöhung des Krantaris. Mit Bezug auf die Bekanntmachung der Handelskammer vom 15. ds. Mts. erfahren wir, daß der Senat der beantragten Erhöhung des Krantaris zugestimmt hat. Demgemäß wird ab Montag, den 18. ds. Mts. der bisherige Zuschlag zum Krantaris vom 16. September auf 100 v. H. erhöht.

Der Winterfahrplan der Lübeck-Büchener Eisenbahn tritt am 8. Oktober in Kraft. Bei der Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft bleibt, wie wir hören, der vom 1. Juni d. J. ab gültige Fahrplan auch für den Winterabschnitt 1922/23 unverändert bestehen.

See geworden. Der mit Glasland beladene Stockholmer Schoner „Gustav“, der sich auf der Fahrt von Lübeck nach Kalar befand, wurde, im Begriff zu sinken, bei Kraasbaek, westlich von Saltholm, auf Grund gesetzt. Das Bergungsschiff „Seriha“ fuhr von Kopenhagen zur Hilfe aus. Es gelang ihm im Laufe der Nacht, das Schiff vom Grund zu ziehen und leer zu pumpten. Es wird jetzt eine Taucheruntersuchung vorgenommen und das Schiff wieder dicht gemacht.

ph. Hammelstiehe. Freitag abend wurde einem hiesigen Schlächtermeister in der Schwantauer Allee von zwei unbekanntenen Männern drei Hammel zum Kauf angeboten. Der Schlächtermeister, der Verdacht schöppte, daß es sich um gestohlene Tiere handle, ging scheinbar auf den Handel ein, nahm die Hammel an sich und handigte den Verkäufern als Bezahlung einen Schein aus, der aber sofort von dem Schlächtermeister bei der Bank gesperrt wurde. Als die beiden Scheinhhaber Sonnabend morgen das Geld bei der Bank in Empfang nehmen wollten, wurden sie von Kriminalbeamten festgesetzt. Hier stellte sich bald heraus, daß sie die von ihnen verkauften Hammel in der Nähe von Bamsdorf gestohlen hatten. Sie wollen die Hammel zwar herrenlos auf der Chaussee umherlaufend angetroffen haben, doch dürfte es sich wahrscheinlich nur um von ihrer Herde abgekommene Hammel handeln. Der rechtmäßige Eigentümer derselben wird ermittelt, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw. Achtung, Gewerkschaftsvorstände des ADB und der Afa!

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobente, Bandelegierte! Am Mittwoch, dem 20. ds. Mts., abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Versammlung der Gewerkschaftsvorstände des ADB und des Afa-Bundes mit den Betriebsräten des Wirtschaftsgebietes Lübeck statt. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig, da zu der Teuerung und ihre Bekämpfung Stellung genommen werden soll. Ohne Ausweis hat niemand Zutritt. Die Delegierten des Ortsausschusses haben ihre rote, die übrigen Vorstandsmitglieder ihre braune Ausweisarte vorzulegen. Für die B.-A. gilt der Ausweis ihrer Gruppe. Der Vorstand des ADB.

Achtung, Zentralrat! Sitzung am Mittwoch, dem 20. d. M., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Der Vollzugsrat.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen, Dienstag, 18 Uhr im Gewerkschaftshaus: Volkslieder-Abend. Niederbücher und Instrumente sind mitzubringen. Rege Teilnahme erwartet. (7004) Der Arbeitsausflug.

Stadttheater. Im Dienstag-Abonnement wird zum erstenmal in dieser Spielzeit: „Der Liebhaber“, Lustspiel von Bernhard Shaw gegeben. In der Operette befindet sich die Müllersche Operette „Gasparone“ in Vorbereitung.

### Angrenzende Gebiete.

Eutin. Eine neue Erfindung. Ein Landwirt der Umgegend bemerkte, daß man nachts sein Weizenfeld besuchte. Er bestellte sich einige handfeste Männer und legte sich auf die Lauer. Zu seinem Erstaunen erschienen zwei Radfahrer, breiteten ein Laken auf die Erde und stellten das Rad mit den Rädern nach oben. Während der eine durch Drehen an den Pedalen die Dampfkraft erstellte, hält der andere die Garben mit den Lehren an die Speichen, die das Ausdrehen bezogen. Leider wurden die Erfinder bei ihrer Arbeit gestört. Der Landwirt stellte die Namen der „Dreschmaschinenbesitzer“ fest. Sie werden nun wohl noch über ihre Kunst nachdenken müssen.

Hamburg. Das Wunder am Ende der Arbeit. Beamte vom Wucheramt überholten eine Anzahl Kolonialwarenhändler und nahmen Revisionen vor, bei denen sie in mehreren Fällen ganz erhebliche Preissteigerungen, namentlich im Zuckerverkauf feststellten. Gegen mehrere Händler ist deshalb ein Verfahren wegen übermäßiger Preissteigerung eingeleitet worden, da sie für Inlandzucker 58 und 60 Mark verlangten. Gegen einen Kolonialwarenhändler wird besonders vorgegangen werden. Er hat Mehl und Linsen mit 21 bzw. 32 Mark das Pfund eingekauft und mit 48 Mark verkauft.

Hamburg. Fürsorgemaßnahmen. In der letzten Bürgerchaftssitzung wurde folgender Senatsantrag angenommen: Dem Wohlfahrtsamt für bare Unterstühtungen 100 Millionen Mark, für Naturunterstützungen (Heimaterial, Bekleidung, Fußzeug) 60 Millionen Mark, für Verbilligung der Milch zugunsten von Kindern, werdenden Müttern und Kranken 25 Millionen Mark, für die Fortführung und den Ausbau der Schulspflege 30 Millionen Mark, für die Unterstühtung für Speiseeinrichtungen für Alte und Erwerbsbefähigte 5 Millionen Mark und für die Beschaffung verbilligter Lebensmittel 40 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Für soziale Fürsorge für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene wurden 20 Millionen Mark bewilligt.

Hamburg. Die Erdaasquelle in Neuenamme lieferte bisher noch etwa 400 000 Kubikmeter Erdgas im Monat, das bei einem Gaspreis von 7,50 Mark für das Kubikmeter einen Wert von 3 Millionen Mark hat. Im ganzen sind vom 1. November 1920 bis 31. Juli 1922 der Gasquelle etwa 19 Millionen Kubikmeter Gas entnommen worden, deren Wert auf etwa 32 Millionen Mark berechnet ist.

Jheho. Eine Gau-Jugendkonferenz des Zentralverbandes der Angestellten tagte am Sonntag in Jheho. Vertreten waren 17 Jugendgruppen mit 54 Jugend-Delegierten. Nach einem Referat des Kollegen G. Hermann-Lübeck über Lehrlingswesen und Tarifvertrag wurde eine Entschließung angenommen, die in der Hauptsache eine tarifliche Regelung der Lohn- und

Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse aller Kaufmanns- und Bureaulehrlinge sowie jugendlichen Angestellten fordert. Gleichzeitig wurde gefordert, daß auch den Kaufmannslehrlingen seitens der Reichseisenbahnverwaltung Schüler-Monatskarten zur Verfügung gestellt werden. — Ueber örtliche und Gau-Jugendarbeit sprach sodann Kollege Ehlers-Hamburg, an dessen Ausführungen sich eine ausgiebige Diskussion angeschlossen. Neben ausführlichen Richtlinien wurden Beschlüsse grundsätzlicher Art über Ziele sowie Aufgaben der örtlichen und der Gau-Jugendarbeit gefaßt. Neben dem Bekanntnis zu den Beschlüssen der Leipziger Jugendkonferenz des ADB wurde auch eine Entschließung über Alkohol- und Nikotinentilgung bei allen Jugendveranstaltungen angenommen. Organisatorisch wurden einheitliche Gaujugendführungen beschlossen. Ferner wurden Anträge angenommen, die die Gaujugendleitung ermächtigen, vor Sitzungen des nächstjährigen Reichsjugendtages eine Gauvertreterversammlung nach Hamburg einzuberufen. Ebenfalls wurde beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, den Jugendmitgliedern Gelegenheit zum Besuch von Volkshochschulen und Arbeiterakademien sowie zur Befichtigung größerer Messen und Ausstellungen zu geben.

Flensburg. Sarghamstere. Einige Landwirte aus der Umgegend schlossen nach dem reichlichen Genuß von Teepilzen mit einem Flensburger Geschäftsmann einen pietät- und geschmacklosen Handel ab, wonach der Geschäftsmann verpflichtet wurde, eine Anzahl Särge in verschiedenen Größen zu einem festen Preis zu liefern. Der Handel ist insofern zeitgemäß, als in heutiger Zeit ein leidlicher Sarg immerhin 4000 Mark und mehr kostet.

Schwerin. Erzeugerpreise für Kartoffeln. Die Preisnotierungskommission für Mecklenburg-Schwerin hat für die nächste Woche als Erzeugerpreise festgesetzt: für rote 220-230 Mark pro Zentner, für weiße 240-250 Mark pro Zentner, für gelbe 320 Mark pro Zentner. Im vorigen Jahre lauteten die ersten Notierungen auf 30 Mark. Daraus kann man sich ungefähr ein Bild machen, wohin die Reise in diesem Jahre gehen wird.

### Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübeck.

Zu dem Bezirksparteitag in Bükow sind bisher folgende Anträge eingegangen:

Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine Mecklenburg-Lübeck.

1. Der Bezirksparteitag möge beschließen: Der Zuschuß an den Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine ist auf 6000 Mk. vierjährig zu erhöhen.
2. Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Jeder Ortsverein der Partei ist verpflichtet, der Jugendbewegung mehr denn je Beachtung zu schenken und nach Möglichkeit auch weitgehende finanzielle Unterstützung zu gewähren. Lübeck. Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Angliederungsfrage.

Schwerin. 1. Der Bezirksparteitag wolle beschließen: Die Landtagsfraktion wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß für die Demokratisierung in der Verwaltung mehr getan wird. 2. Der Bezirksparteitag wolle beschließen: Der Bezirksparteitag findet künftig vor dem allgemeinen Parteitag statt.

Güstrow. 1. Der Bezirksparteitag ersucht die Landesregierung, bei den ihr unterstellten Behörden (Landratsämtern, Postämtern usw.) dahin zu wirken, daß diese sich mehr als bisher bei Bekanntmachungen der auf republikanischem Boden stehenden, insbesondere der sozialistischen Zeitungen bedient.

2. Der Parteitag beschließt: „Der nächste Parteitag wird in Güstrow abgehalten.“

Parship. Der Parteitag wolle beschließen, daß es in Zukunft den einzelnen Ortsgruppen unterlagt wird, mit der Kommunistischen Partei irgendeine Verbindung (gemeinsame Aktion) einzugehen.

Büchow. Der Bericht der Landtagsfraktion hat in einer besonderen Sitzung, welche vor dem Parteitag stattfand, pu erfolgen, dadurch würde der medl. Parteitag entlastet.

Rühn. 1. Der Parteitag erwartet von der Landtagsfraktion, daß sie versucht, sofort ein Gehe durchzubringen, welches den Gefängnisinsassen es unmöglich macht, unter Tariflohn eines Landarbeiters bei den Gutsbesitzern, Bauern usw. zu arbeiten.

2. Der Parteitag verlangt die Verringerung des „Lehrplans für die ein- und zweiklassigen Landschulen in Mecklenburg-Schwerin“, insbesondere: Seite 21 Ziel des Geschichtsunterrichts, Seite 23 Entzerrungspolitik, 1864, 1866, 1870, 1888!!!, Seite 33 Ziel des Turnens: „an strenge Aufmerksamkeit, rasches und genaues Ausführen eines Befehls gewöhnen“, Seite 34, 46 Choralmelodien!! usw.

3. Der Parteitag verlangt die Absetzung der Herren Dr. Schleginger, Genß und v. Kähler von ihren Regierungsposten! Insbesondere darf Herr Genß nicht länger Leiter des Siedlungsamtes bleiben!

4. Der Parteitag erwartet von allen Genossen im Landtag, in der Regierung und Verwaltung, daß sie nachdrücklich dafür eintreten: „Die Viehsteuer verbleibt voll und ganz den Gemeinden!“

5. Der Parteitag erwartet von der Landtagsfraktion, daß sie, solange Trennung von Staat und Kirche nicht durchgeführt ist, eine Regelung zwischen Staat (Gemeinde) und Kirche herbeiführt, die ermöglicht, daß die Gemeinden nicht nur: „Geistliche Baukosten“ einfach nach Diktat bezahlen müssen, sondern auch entscheidend mitzubestimmen haben, welche Reparaturen gemacht werden sollen.

6. Der Parteitag bittet die Landtagsfraktion, zu versuchen, eine Verringerung des § 33, 1 Abs. 2 der Landgemeindeordnung herbeizuführen. 50 Mk. Geldstrafe ist heute wirkungslos, es muß eine Heraussetzung auf 500-1000 Mk. erfolgen.

7. Der Parteitag bittet unsere Genossen im Landesverwaltungsamt um Auskunft über ihr Verhalten in der Frage der Hand- und Spandienste, insbesondere über ihre Stellungnahme zu der Verfügung in dieser Angelegenheit an den Amtsausflug Neustadt, Gemeinde Gr. Laasch.

Kurzem-Trethow. Die Landtagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß dem Wohnungsmangel in den Dörfern mehr gesteuert wird, indem die Dorfwohnungen den einheimischen Arbeitern zugesprochen werden.

Katibogen. Der Parteitag bittet die Landtagsfraktion, zu erwirken, daß von der Regierung sofort geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit die Uebergabe der Landschulen in den früheren ritterschaftlichen Gutsgemeinden, in gutem Zustande, begünstigt nicht von einem Baumeister, sondern von einem Ausschuß, an die neuen Gemeinden nimmehr tatsächlich erfolgt.

Gadebusch. 1. Ueber mecklenburg-schwerinische Landtagsangelegenheiten haben nur die mecklenburg-schwerinischen Delegierten Stimmrecht und nicht Lübecker, sowie Mecklenburg-Streitzer Delegierten. 2. Nach dem letzten Verhalten der Volkspartei wird von unserer Partei jede Zusammenarbeit mit der Volkspartei in der Regierung grundsätzlich abgelehnt. 3. Den nächsten mecklenburgischen Parteitag in Gadebusch abzuhalten. Schluß folgt.

**Aus aller Welt.**

**Grubenunglück.** In der Grube „Concordia“ bei Dermbach stürzten von einer oberen Sole mehrere vollbeladene Wagen in den Schacht und töteten den Förderknecht mit in die Tiefe. Vier in dem Förderstuhl befindliche Personen fanden den Tod.

**Preissteigerung während des Eisens.** Daß sich die Preise der Lebensmittel in der jetzigen Zeit von einem Tage zum andern ändern, ist uns schon eine so alltägliche Gewohnheit geworden, daß wir uns darüber nicht mehr wundern. Es ist auch keine Seltenheit mehr, daß in den Geschäften am Nachmittage andere Preise verzeichnet stehen als am Vormittag und daß, wenn die

Abendblätter mit den neuen Devisenberichten erschienen, flugs die Preise abermals heraufgesetzt werden. Den Rekord der Preissteigerung dürfte aber doch ein Innsbrucker Gasthof erzielt haben. Auf der Speisefarte dieses Wirtshauses waren nämlich dieser Tage für eine Portion Gulasch 2500 Kronen gefordert, nach Beendigung der Mahlzeit verlangte der Kellner aber, als es zum Zahlen kam, 3500 Kronen, weil die österreichische Krone mittlerweile wieder einmal gefallen war. Da soll einem nicht der Wille im Halbe stecken bleiben!

Vier Zentner russische Silbermünzen beschlagnahmt. Der Staatsanwaltschaft in Beuthen gelang es, einem umfangreichen Schmuggelhandel mit russischen Silbermünzen auf die Spur zu kom-

men. Vor einiger Zeit war in Beuthen von einer Frau Watzmann ein Bankgeschäft errichtet worden. Bei einer polizeilichen Durchsuchung der Räume gelang es, vier Zentner und 16 Pfund russisches Silbergeld zu beschlagnahmen. Die zunächst verhaftete Geschäftsinhaberin wurde vorläufig gegen eine Kaution von einer Million Mark freigelassen.

**Großfeuer im Hafen von New Orleans.** Freitag nacht brach in den Hafenanlagen ein Feuer aus, durch das fünf Blocks von Wertgebäuden und Magazinen eingäschert wurden. Der Schaden beläuft sich auf über 5 Millionen Dollar. Der deutsche Frachtdampfer Gise der Firma Stinnes geriet in Brand, konnte aber in den Fluß hinausgebracht werden, ehe er ernstlichen Schaden erlitt.

**Amtlicher Teil.**

**Berammlung der Bürgerschaft**

am Montag, dem 25. September, abends 6 Uhr im Bürgerschaftssaal des Rathhauses.

Gustav Ehlers, Vorsitzender der Bürgerschaft.

Die Firma Johannes C. Kasperen, Nienburg, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Vanda, Dr. Hoffmann, Emers, Dr. Rüsse in Lübeck, klagt gegen den Landmann Willy Rühlcke, früher wohnhaft in Moras i. W., danach in Hamburg 15, Wenderstraße 45 bei Kumpfer & Schrep, jetzt unbekannt Aufenthalt, mit der Begründung, der Beflagte, früher Inhaber der Firma W. Rühlcke in Gurin, Sachgauß, schulde der Klägerin 72000 Mk. nach einem Schiedspruch, den sie erwirkt, weil der Beflagte einen am 29. November 1921 geschlossenen Kaufvertrag über 3000 Ztr. Roggen nicht erfüllt habe, mit dem Antrage:

1. Zu dem Schiedspruch vom 14. Februar 1922, ergangen vom Schiedsgericht des Vereins Mecklenb.-vorpomm. Getreidehändler e. V. in Rostock, ein Vollstreckungs Urteil gegen die Beflagte dahin zu erlassen, daß sie verurteilt wird, an die Klägerin 72000 Mk. nebst 5% Zinsen vom 5. Januar 1922 zu zahlen;
2. die Beflagte zu verurteilen, die Kosten des Verfahrens zu tragen;
3. das Urteil gegen Sicherleistung der Klägerin für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits ist Termin vor der Zweiten Kammer für Handelsfachen des Landgerichts in Lübeck anberaumt auf **Sonntag, 4. November 1922, morgens 10 Uhr.**

Klägerin ladet den Beklagten zu diesem Termine vor das vorbezeichnete Gericht mit der Aufforderung, zu seiner Vertretung einen bei dem bezeichneten Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung an den Beklagten wird dieser Auszug aus der Klage und den Schriftsätzen vom 15. Juni 1922 und 11. August 1922 bekannt gemacht.

Lübeck, den 11. September 1922. (7001) Der Gerichtsschreiber der Ferienkammer für Handelsfachen des Landgerichts.

**1. Nachtrag zu der Verordnung betr. den Markt am Holstentor vom 5. Juni 1920.**

§ 6 erhält folgenden Wortlaut: Jedermann ist als Käufer zum Markt zugelassen und berechtigt unter den üblichen Großmarktsbedingungen zu kaufen. (6996) Lübeck, den 14. September 1922. Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung.**

Zu den nach dem Gebührentarif für den Deertorf zu erhebenden Gebühren, Arbeitslöhnen und Logementen wird von jetzt ab ein weiterer Zuschlag von 2000% erhoben. Die Zuschläge betragen demnach jetzt 5000%. (7025) Lübeck, den 16. September 1922. Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.

**Nichtamtlicher Teil.**

**Aug. Schultz v. Jean Anni geb. Edler Bernshilke** für erwiesene Gratifikationen u. Aufmerksamkeiten danken herzlich. (7011) A. D.

**Dora Welzel Ernst Schrader** Verlobte (6997) Lübeck, 17. Sept. 1922.

**B. u. G. B. W. ges. gl. Vtr. Ang. u. A 408** a. d. Gp. d. Bl. (7025)

**Erntedankfest** b. z. v. (6989) Ludwigstr. 8.

**Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verband Lübeck.**

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, dem 19. Septbr., 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

- Tages-Ordnung:**
1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
  2. Die Karte nach dem Reichsverband.
  3. Sonstige Verbandangelegenheiten.

Zuständiger Vorsitzender: **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, 19. Sept., abends 7 1/2 Uhr im **Hotel Zeitungsbaue.**

- Tages-Ordnung:**
1. Bericht von den am 18. September festgenommenen Lohnverhandlungen.
  2. Bericht vom Gewerkschaftsamt. Ref.: Genosse A. Dreger.
  3. Beschlüsse.

Die Ortsverwaltung ergeht um 6 Uhr im Voraus. (6985) Die Ortsverwaltung.

**Lomboda-Gewinnliste**

von der Belegschaft der Lübecker Straßenbahn.

Nr.	Str.	Pos. Nr.	Gem. Str.	Pos. Nr.	Gem. Str.
116	35	4545	25		
393	5	5059	6		
432	39	5079	59		
638	37	5189	36		
640	7	5271	34		
783	56	5304	53		
1006	16	5370	29		
1030	60	5418	14		
1480	58	5420	40		
1616	13	5906	30		
1725	15	6458	21		
1776	31	6522	8		
1931	1	7016	22		
1941	30	7053	4		
1969	2	7145	42		
2148	11	7251	48		
2168	52	7279	17		
2178	8	7364	27		
2288	51	7499	57		
2313	32	7820	38		
2315	55	7849	28		
2316	41	8170	23		
2507	24	8478	49		
2661	45	8554	46		
2878	19	8845	9		
3162	20	9110	44		
3205	47	9176	18		
3524	26	9180	12		
3776	?	9241	43		
3901	54	9485	10		
4454	33				

Die Gewinne gelangen zur Ausgabe im Gewerkschaftshaus, Johannstr. 50-52, am 18. Sept. von 5 1/2-7 Uhr abds u. am 19. Sept. von 5-7 Uhr abds. Bis dahin nicht abgeholte Gewinne können später bei B. Wenzel, Werderstr. 181 in Empfang genommen werden. (7005) Der Festausschuß.

**Eimerbier**

Dienstag-6 Uhr nachm. (6992) H. Bade.

**Achtung!**

**Zahrad-Schlänge** Billige (6999) Ja Qualität, soweit Vorrat reicht. 200 Mk. per Stück. **Wolff, Nür. 10a.**

**Mittag- und Abendisch**

(7012) Friedenstr. 43-45.

**Neu! Neu!**

**Ankauf und Verkauf**

**Gold, Silber, Platin, Schmuck, Uhren, Juwelen.**

Für gute Sachen zahle ich **Liebhhaberpreise.**

**Bernhard Friedmann**

Fleischhauerstraße 26, Seben. (7023)

**Schildstraße 5**

die höchsten Preise zahlt.

- Knüllpapier . . . . . kg 13.—
- Schwer " . . . . . kg 15.—
- Empfen . . . . . kg 14.60-65.—
- Krollheare . . . . . kg 80.—, 100.—

Für sämtliche Metalle den höchsten Tagespreis.

**Schildstraße 5**

**J. Lissauer.** (7005)

**Lehrlinge**

Feldbahnstraße 11, Rosenkern & Co. (7006)

**Bekanntmachung.**

Infolge der Erklärung der **Brückenbau Stender u. S. Lübeck-Giems** erkläre ich mich bereit, die Gutscheine der genannten U. G. als Zahlung in Empfang zu nehmen.

**Max Pauls, Käselager**  
Große Burgstraße 48. (6994)

**Verbandsversammlung**

**am Sonntag, dem 23. September, abends 7 1/2 Uhr**  
im Konzerthaus Lübeck, Fadenburger Allee.

**Tages-Ordnung:**

1. Staats-, Kommunal- oder Genossenschaftssozialismus. Referent: Staatskanzler a. D. Herr Dr. Penner, Wien
2. Aussprache.

Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde des Genossenschaftswesens dringend, diesen interessanten und lehrreichen Vortrag zu besuchen.

**Sintritt frei.** Der Vorstand. (7024)

**Karl Obst**  
Am Brink 11b.

**Haltbare Sohlen u. Absätze.**  
**Joh. Voss,** (6990) Fleischhauerstraße 77.

**1 Pfd. Zucker**

gebe ich für 5 saubere Weinflaschen oder für 5 Kilo glattegelegtes Zeitungspapier, gebunden.

**Gustav Hardt,** (7022)  
**Beckergrube 73.**

**KOLO SSEUM**

Dienstag, 19. September, ab 7 Uhr:  
**Letztes Großes Konzert**  
(Abschieds-Konzert)

Leitung: Kapellmeister Sulank (7020) mit nachfolgender **Réunion** unter Mitwirkung erster Künstler.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**

Verwaltungsstelle Lübeck.  
Dienstag, den 19. September abends 7 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** im Gewerkschaftshaus.

**Tages-Ordnung:**

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Erweiterung der Beschlüsse des Verbandstages wegen der Beitragserhöhung.
3. Sonstige Verbandangelegenheiten und Botenwahl.

Um rege zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.** (7021)



Die Zeiten sind teuer, das Geld ist rar!  
Der Frosch sagt: Spar!  
Wie mach ich das richtig und ideal?  
Kauf nur Erdal!

**Erdal**

Marke Rolfrosch - Schuhpaste  
Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck

**Achtung!**  
Banklempner, Bau-, Schlosser, Elektriker und Schmiede.

Der Lohn beträgt ab 16. d. Mts.: (7015) für Gesellen über 24 Jahre . . . M. 70.— vom 2. Gefellensjahr bis zum 24. Lebensjahr . 64.— im 1. Gefellensj. . 52.— Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** (7017)  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Berammlung** der Roll- und Bladwagenfahrer

am Dienstag, 19. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Tages-Ordnung:**  
**Bericht der Lohnkommission**

**Zentralverband der Zimmerer** (Bezirk Lübeck).

**Mitglieder-Versammlung** Dienstag, 19. Septbr., abends 7 1/2 Uhr bei F. Lender, Gudenst. 41

**Tages-Ordnung:**

1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
2. Sonstige Verbandangelegenheiten.

(7016)

**Lübecker gemeinnützig Bauverein e. G. m. b. H.**

**Außerordentliche Versammlung** Montag, 25. Sept. 1922, abds. 7 Uhr, (7013) in den Zentralhallen. L.-D.: Mieterhöhung. Der Vorstand u. Aufsichtsrat.

**Café „Vaterland“**  
Täglich Konzert der (7002) Hamburger Künstler-Vereinigung.  
Direktion: Adolf Martens

**Haus-Theater.**

Heute, Montag, 7.30: **Die Bajadere.** Dienstag u. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: (7014) **Die Puppe.** Donnerstag, 7 1/2 Uhr: **Die Bajadere.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** Dienstag, 19. Septbr., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Bücherkontrolle. Die Ortsverwaltung.

**Trocadero.**  
Schüsselbuden 4.

**Wiener Sufi und Seben.**  
Beginn 8 1/2 Uhr. (6988)

**Stadttheater Lübeck**  
Montag, 18. Sept., 7.30: 4. Volkstüml. Konzert. Einzelarten an der Theaterkasse. Solo: Garfe u. Flöte. Dienstag, 19. Septbr., 7.30 U.: Ab. C. Der Liebhaber. Lustspiel von Shaw. (6988) Mittwoch, 20. Septbr., 7.30 Uhr, Ab. C.: Die Jüdin.